

Kleinräumlicher Lotteriezettel

der nordischen Wasserkrante wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

„Vor einigen Jahren der ehemalige Bauernputz-Organisator Miquel die Monopolisierung der Kaffeestückchen-Verwertung her, die nicht alle werden. — Lotterie genannt im gewöhnlichen Leben — in Aussicht stellte, da entstand in manchen Kleinräumlichen Amtsstuben eine Aufregung, wie in einem Ameisenhaufen. In dem sich ein Unvorsichtiger zum Mittagschlummer niederließ. Nebenbei hat doch nichts weniger als eine weitere Erschütterung der Grundlagen ihres durch das Wachsen der Militärbeiträge immer wackeliger werdenden Budgets.

Damals blieb's bei der bezweifelten Anknüpfung; die Epigonen des zum Agrarierliebhaber gemauerten Achtundvierzigers gehen jetzt in Preußen an die Fruchtbildung der Idee. Darob ernstliches Gedenken und Räthelappern in den kleinen „Krautstaaten“. Es sind welche darunter, die trotz aller Warnungen mit besonderem Eifer Lotteriegeschäfte gemacht haben.

Da ist beispielsweise die mit Siebenmeilenstiefeln in die Schützenwirtschaft hineinstolzierende „Republik“ Lübeck. Als dort zu Anfang der neunziger Jahre einige finanzpolitische Schläuche den Gedanken der Einführung einer Staatslotterie urgierten und in dem Epigonen-Parlament für das Unkraut einen fetten Nährboden fanden, wandte sich der Senat mit aller Entschiedenheit gegen dieses Projekt, das seine Wortführer mit den schönsten ethischen Argumenten als unmoralisch bekämpften. Man konnte seine Freude haben an dieser würdigen Sittenstrenge. Nach ein paar Jahren war das anders geworden. Hatte zunächst der Senat sich unbeeindruckt gezeigt und es sogar auf einen Verfassungsrat ankommen lassen, so war bald jenes „stilles Blut“ in ihn hineingebraut, daß er, halb gezogen, halb sinkend, dem „Volkswillen“, repräsentiert durch 120 Bourgeois, sich beugte. Lübeck bekam seine Staatslotterie, die nach ein paar Jahren erheblich vergrößert wurde. Der Vertrieb der Lose wird sehr intensiv betrieben, der kleine Staat zieht eine erhebliche Einnahme aus dieser lauterer Quelle. Der Widerspruch welcher in Lübeck seit einem Jahrzehnt die überwältigende Majorität des Volkes repräsentierenden Partei wurde nach gutem, altem Brauch geringfügig überhöht, obwohl von ihr auf die heute Tatsache werdende Eventualität — jeder Staat reklamiert seine getreuen Schafe selbst zur Schür — mit Nachdruck hingewiesen wurde.

Jetzt ist die Bescherung da, Lübeck sieht weinend an dem Krachschreien und kann mit Nieten und Zeffen den Kapazitäten Konkurrenz machen. Die großen Kollekten schränken ihren Betrieb ein und entlassen ihr Personal, die Kleinhafterer des privilegierten Großbetriebes sehen sich nach andern Erwerbemöglichkeiten an der Lübecker Lotteriebörse herrscht grauliche Waise.

In Hamburg sieht's nicht viel besser aus; auch hier grüßeln die Kollekturen emsiglich darüber nach, wie sie den bisherigen Geschäftsbetrieb aufrecht erhalten können; denn bisher trug der Vorkaufsmittel höchstens gelegentlich einen „Fagbühel“ ein, den meistens regelrechte Strohmänner auffingen, jetzt aber gewinnt die Geschäftsbörse ein unangenehm ernstes Ansehen.

Das Böhmen-Freytag-Verfahren ist in manchen Staaten gang und gäbe; es kann aber nicht schaden. Die Ohrfeige, welche sie lehren, ihre Finger von so zweifelhaften Geschäften zu lassen, und ihren Staatshaushalt auf soliderer Basis aufzubauen, ist wohlverdient und kann nur heilsam wirken.

Deutschland.

Berlin, 22. April. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet: Ein Verstärkungstrupp für die Schutztruppe in Südwestafrika, bestehend aus 20 Offizieren, 18 Unteroffizieren, 114 Gefreiten und Reitern, wird am 29. April in Berlin zusammengestellt und geht am Nachmittag nach Hamburg ab, wo am 30. April die Ausreise nach Swakopmund erfolgt. — Zwei Dampfer mit Truppen sind am 20. ds. in Swakopmund eingetroffen.

Vor der parlamentarischen Behandlung der sog. wasserwirtschaftlichen Vorlagen haben die Agrarier schon den Sieg davongetragen. Ueber die eigentliche Kanalvorlage und über die andern sog. agrarischen Vorlagen wird getrennt debattiert und abgestimmt. Das entspricht dem Verlangen der agrarischen Oligarchie und bietet die Garantie, daß nicht einmal aus dem Kanal Rhein-Hannover etwas wird.

Der neue Totalitar-Gesetzentwurf wird, wie der Reichsfinanzminister am Donnerstag in der Budgetkommission mitteilte, umgehend dem Reichstag zugehen. Am Donnerstag hat der Bundesrat dem Ausschussbericht über den Antrag Preußens mit dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Wetten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen zugestimmt.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Donnerstag die zweite Lesung des Staats noch nicht zu Ende geführt. Beim Etat des Finanzministeriums kam es zu längeren Erörterungen über die Begebung der Staatsanleihen, die Verhältnisse der Sparkassen sowie über die landwirtschaftlichen Fragen. In einer Abend Sitzung wurde die Etatberatung fortgesetzt.

Eine Ministerkonferenz zur Erschließung neuer Stenerquellen wird in der Münchner „Allg. Ztg.“ angekündigt. Im Inland sitzen wir bis über den Hals in Schulden, aber für die Kolonien haben wir hunderte von Millionen übrig.

Ein polnisches Wahlkomitee für ganz Deutschland ist in der Gründung begriffen. Dem Zentrum wird jedoch und jähwiler.

Wegen Majestätsbeleidigung ist in Duisburg ein polnischer Bergmann zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Am 21. April. Vor dem Kriegsgericht der 33. Division fand die Verhandlung im objektiven Verfahren gegen den ehemaligen Leutnant Wisse statt. Der

Anklaagevertreter Kriegsgerichtsrat Palmer hatte seinerzeit beantragt, daß auf Verführung der in der Sattlerischen Offizin in Bremerweg angefertigten Plakate des Wisse-Romans dahin erkannt werde, auch sämtliche erschienenen Druckexemplare, auch die in fremder Sprache erschienenen, zu vernichten. Die Verhandlung, bei der Wisse weder selbst erschienen, noch auch vertreten war, bestand in einer halbseitigen Beratung im Richterzimmer. Die Öffentlichkeit war ausgeschlossen. Ein Beschluß wurde nach Schluß der Beratung auch nicht verkündet.

Transvaal.

In dem Bezirk Upenburg sind Verhaftungen von sieben des Hochverrats angeklagten Büren erfolgt. Dazu teilt die Zeitung „Post“ mit, daß eine lebhaft revolutionäre Bewegung besteht, deren Vetter drei in Großnaamaqualand wohnende frühere Kommandanten seien. Die „Post“ erwähnt dazu als bedeutungsvoll, daß sich transvaalische Freiwillige in großer Anzahl rüsten und Transportmittel mieten.

Australien.

Bei der Beratung der Vorlage betreffend die schiedsgerichtliche Regelung von Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde ein von der Regierung beauftragter, von einem der Arbeiterpartei angehörigen Abgeordneten gestellter Antrag angenommen, der die Bestimmungen der Vorlage auf die Regierungsvorlage ausgedehnt wissen will. Infolge dieser Abstimmung tritt die Bundesregierung zurück.

Der russisch-japanische Krieg.

Ob. London, 22. April. „Daily Chronicle“ meldet aus Tokio, man habe dort erfahren, daß die Beziehungen zwischen Japan und Alesjeiw sehr gespannte seien.

Ob. Tokio, 22. April. Es wird berichtet, daß am Salufluß mehrere Schornsteine statgefunden haben.

Ob. London, 22. April. „Daily Chronicle“ meldet aus Schanghai, Admiral Alexjeiw habe die chinesische Regierung aufgefordert, die chinesischen Truppen in einem Umkreise von 30 Kilometern von Mukden sofort zurückzuziehen. Zur Erfüllung der Forderung stellte er eine dreitägige Frist.

Aus der Parteibewegung.

Der Kasse des Parteivorstandes gingen im Monat März folgende Parteibeiträge zu:
Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 2059,85. — 4. Kreis Ost 3000. — 4. Kreis Südost 2000. — 5. Kreis, Wahlverein 500. — 6. Kreis 3500. — Berlin, diverse Beiträge: 1205,55. Buchhändler, von den Alten durch Weber 5. — Bern 50. — Weiltz, b. d. Blauen a. d. Sanatorium „Irodens Pulver“ anstatt eines Märzbeitrages 10,35. Bremen, v. d. Parteigenossen 500. — Weutjen (D.-S.) von den Parteigenossen 5. — Breslau, zurückhaltendes Gramophon 1. — Breslau, sozialdem. Verein 100. — Wiesel, C. Sch. 1. — Charlottenburg, für Agitation bei Reichstags- und Provinzialwahlen 5. — Darmstadt, R. R. 4. — Durlach in Baden, von den Parteigenossen 100. — Duisburg, von den organisierten Zölpfern 4. — Falkenberg (Oberh.) 2. — Fürth, vom Sozialdemokratischen Wahlverein 20. — Flensburg, Parteibeitrag der Genossen 25. — Gotha, von den Parteigenossen durch den Vertrauensmann 80. — Göttingen, 20. — Gagen Ueberich, v. d. Parteigenossen 100. — Göttingen, sozialdemokr. Wahlverein 100. — Jbar, Wahlverein 1. Quartal 1904 8,40. Kattowitz (Oberh.), vom sozialdemokratischen Wahlverein 5. — Königsberg i. Pr., Parteibeitrag für 1. Quartal 1904 100. — Leipzig, 12. u. 18. sächs. Reichstags-Wahlkreis 2000. — Ludenwalde, Rufus 5. — Niebarnheimer Wahlkreis 1000. — Nebiges-Rönischheide, allem. Arbeiterverein 10. — Nürnberg, S. 10. — Nürnberg, sozialdemokratischer Verein 1. Quartal 1904 250. — Reife, W. F. 2. — Oggersheim (bayerische Pfalz) vom sozialdemokr. Verein 80. — Oberlangenbierau, Parteibeitrag aus dem Sulzgebirge 100. — Offenbach, Parteibeitrag des Großherzogthums Hessen 1000. — Reichenbach i. Schl., sozialdemokr. Wahlverein 10. — Ritzgenhain, Arbeiter-Bildungsverein 8. — Schiffsdorf i. Holstein, sozialdemokr. Verein f. Sch. u. Umg. 100. — Stralsburg i. E. Altvater 5. — Staßfurt, Wahlkreis Calbe-Afersleben 100. — Schweidnitz Schl., sozialdemokr. Wahlverein, 1. Quartal 04, 5. — Sachsen-Weimar, Landesorganisation 60. — Seltow-Weesolde-Charlottenburg, Genrat-Wahlverein, Februar und März 200. — Trier, Rortschneider W. B. 3. — Württemberg 100. — Zeitz, Wahlkreis Reiz-Weitzenfels-Raumburg 300. — In Summa: 21 556,65 Mark.
Der Parteikassierer. A. Gerich.

Gewerkschaftsbewegung.

Aussperrung. Infolge des Ausstandes der Rieter auf der Rochschen Schiffswerft in Lübeck wurde die Werft geschlossen. Ueber 800 Arbeiter sind ausgesperrt.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Spulerrinnen in Lothbas erlangen nach zweitägigem Streit Zurücknahme der Lohnabzüge. Nicht eine einzige wurde Streikführerin. — Die Maler sind Donnerstag auch in Essen und in Garmisch-Partenkirchen in den Streit getreten. In Leipzig arbeiten bereits 329 Gehilfen zu den neuen Bedingungen; 240 sind abgereist. In Frankfurt a. M. freiten noch 600 Mann; über 580 Mann arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen, 100 sind abgereist. — Die Drechsler in München haben am Donnerstag überall da, wo die Forderungen nicht bewilligt wurden, die Arbeit niedergelegt. — Die Steinbildhauer in Plauen i. S. freiten seit Donnerstag wegen Nichtbewilligung der achtstündigen Arbeitszeit. In 19 arbeiten zu den neuen Bedingungen. — Die Banntischler in Stuttgart wurden wegen ihrer Forderungen bereits zum Teil entlassen. In Charlottenburg ist der Streik der Bauarbeiter zu Gunsten der Arbeiter beendet worden, ebenso in Mannheim der der Arbeiter auf der Rhein-Schiffahrtsgesellschaft. — In Bruchsal steht ein Streik der Banntischler bevor. — Die Wäcker in Cannstatt bei Stuttgart stehen im Kampf um die Erhaltung der Organisation. Ein Teil der Verdächtigten ist bereits entlassen. — Die Maurer sind am Donnerstag in dem Streik getreten in Jülich, Saaner und Weeslau usw. — In Jülich wurden innerhalb der Zimmerer, in Weeslau sämtliche Bauarbeiter ausgesperrt. In Fachsenwalde ist der Streik der Zimmerer beendet, nachdem die Forderung, 50 Pf. Stundenlohn (bisher 45 Pf.), erfüllt. In Spandau haben sie 60 Pf. Stundenlohn und 9/16 stündige Arbeitszeit erreicht. Der Streik ist seit Donnerstag beendet. — Die Fensterputzer Berlins fordern einheitliche Lohnsätze, sie sind im Transportarbeiter-Verein organisiert. — Die Bau-, Erd- u. Arbeiter in Jülich haben sich der Bewegung der Bauarbeiter Rührbergs angeschlossen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. April 1904.
— **Maitfeier und Polizeibehörde.** Altem Brauche und einem besonderen Auftrage des Sozialdemokratischen Vereins folgend, wandte sich Genosse Viktorius an die hiesige

Polizeibehörde, um die Genehmigung zu einem Umzug durch die Straßen Magdeburgs zu erlangen. Den Erfolg seines Vorgehens mögen unsre Leser aus dem nachstehenden Schreiben ersehen:

Magdeburg, 16. 4. 04.

An das
Königliche Polizeipräsidium
zu Magdeburg.

Im Auftrage der Sozialdemokraten Magdeburgs beantrage ich die Unterzeichnete: „Das Polizeipräsidium möge in diesem Jahre den anlässlich der Maitfeier zusammenkommenden Sozialdemokraten Magdeburgs den Durchzug in geschlossenen Reihen durch die Altstadt gestatten.“ Der Zug würde sich vom „Dreikaiserhumb“, Große Storchstraße 7, aus in Bewegung setzen und unter Begleitung mehrerer vorzetzlicher Musikführer seinen Weg durch folgende Straßen nehmen: Jakobstraße, Alte Markt, Breitenweg bis zum Gassebachplatz, Kaiserstraße, Wilhelmstraße, Spielgartenstraße. Selbstverständlich bin ich gern bereit, über etwaige gewünschte Veränderungen mit dem Polizeipräsidium zu unterhandeln. Die bei den bisherigen Maitfeiern seitens der Sozialdemokraten Magdeburgs bewiesene musterhafte Ordnungsliebe sichert wohl von vornherein eine wohlwollende Prüfung meines Gesuchs, so daß ich wohl mit Bestimmtheit für den diesjährigen 1. Mai auf eine Genehmigung des oben gestellten Antrags rechnen darf.

Hochachtungsvoll
Robert Viktorius,
Große Mühlenstraße 1a.

Magdeburg, den 18. April 1904.

Königliches Polizeipräsidium.
Nr. 8 A 760.

Auf das Gesuch vom 16. April 1904 um Genehmigung eines am Sonntag den 1. Mai 1904 zu veranstaltenden öffentlichen Aufzuges der Sozialdemokraten Magdeburgs mit Musik, welcher in der Großen Storchstraße beginnen und durch die Jakobstraße über den Alte Markt, den Breitenweg entlang bis zum Gassebachplatz, durch die Kaiserstraße, Wilhelmstraße und Spielgartenstraße seinen Weg nehmen soll, werden Sie auf Grund der §§ 9 und 10 der Verordnung über die Verhütung eines die gesellschaftliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vom 11. März 1880 abschlägig beschließen.

Der Polizei-Präsident.
Rehler.

An
Herrn Robert Viktorius
Fier
Große Mühlenstraße 1a.

Demnach müssen die Arbeiter auch in diesem Jahre ihren 1. Mai ohne Umzug feiern. Es wird auch so gehen. Das scheint auch der Polizeipräsident anzunehmen, der bei Krüger, Radfahrer-, Turnvereinen und dergleichen niemals etwas gegen Umzüge einzuwenden hat, wohl aber bei Sozialdemokraten. Offenbar hält er die letzteren für erfindlich genug, trotzdem eine imponierende Feier zustande zu bringen, während er bei andern Vereinen seine Zweifel haben mag.

— **Zum Konflikt bei der Firma Garrett Smith & Comp.** Mehrfache Verhandlungen, welche zwischen Firma und Arbeitervertretern stattfanden, erzielten ein Ergebnis, welches in der Hauptsache die Arbeiterzufriedenstellte. Infolgedessen beschloß die Versammlung der Ausständigen die Beendigung des Ausstandes. Die Arbeit wird heute mittag resp. morgen früh wieder voll aufgenommen. — Die Aussperrung bei den Panterfahrradwerken dauert fort.

— **Vom Arbeitsmarkt in Magdeburg.** Im Monat Februar haben sich die Verhältnisse weiter gebessert. Bei den unter Aufsicht des Magistrats stehenden Krankenkassen sind 1374 Personen — 1154 männliche und 220 weibliche — mehr eingetreten als ausgeschieden. Die Verbesserung berührt sämtliche Gewerbegruppen: Handwerkbetriebe, Handelsbetriebe, Verkehrsgewerbe, Metallindustrie, Baugeschäfte, Gastwirtschaftsbetriebe und sonstige Gewerbe, nur die Nahrungsmittelindustrie macht eine Ausnahme. Hier sind 50 Personen mehr aus der Arbeit geschieden als eingetreten. — Dieses Bild über die Magdeburger Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt stimmt überein mit der Gestaltung des Arbeitsmarktes in ganz Deutschland.

— **Im nichtöffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung** wurde der Zimmermeister Rusche jun. zum Mitgliede des Steuerausschusses zur Feststellung des gemeinen Werts der Grundstücke gewählt. Für den 6. Stadtbezirk erfolgte die Wiederwahl des Stationsvorstehers a. D. Seemann als Bezirksvorsteher; als Schiedsmann für den 33. Schiedsmannbezirk wurde der bisherige Schiedsmann, Juwelier Knieje, wiedergewählt und darauf die Wahl von einigen Deputations- und Ausschussmitgliedern vorgenommen.

— **Der Prozeß der Kirchengemeinde St. Ulrich und Lewin gegen die Stadt** ist vom Reichsgericht (siehe den Stadtverordneten-Bericht) endgültig zu gunsten der Stadt entschieden worden. Es handelt sich dabei um folgendes: Bis 1898 flossen die Grabgebühren in die Kassen der Kirchen. Als dann die Stadt unter Aufwendung erheblicher Kosten einen neuen Friedhof kaufte, erhob sie selbstverständlich von da ab auch den Anspruch auf die Grabstellen-Gebühren. Dem widersprach die Kirche, die bekanntlich sehr viel Geld gebrauchte. Verhandlungen hatten keinen Erfolg, da die Stadt sich trotz des Zuratens der Stadtverordneten Frize und Schneider auf ausschließliche Vergleiche nicht einließ. Nun ging das Prozeßieren los und erzielte die Kirche in erster Instanz tatsächlich ein obfingendes Urteil. Aber schon das Oberlandesgericht entschied zu gunsten der Stadt und jetzt ist auch die Revision der Kirchengemeinde vom Reichsgericht entgültig verworfen worden. Die Grabstellen-Gebühren fließen also wieder in die Kammereikasse der Stadt, die Kirche aber muß sich andre Einnahmequellen suchen.

I. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 95.

Magdeburg, Sonnabend den 28. April 1904.

15. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(72. Sitzung.)

Berlin, 21. April 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Einem.

Die zweite Beratung des

Staats für die Expedition nach Ostasien

wird fortgesetzt.

Bei dem Titel „Selbsterziehung der Truppen“ beantragen die Abgg. Spahn (Str.), Paasche (natl.) und von Normann (konf.) gegenüber dem Kommissionsbeschluss, welcher von 82 Oberleutnants 18 nur bis zum 30. September d. J. betreffen soll, Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Kriegsminister v. Einem dankt den Antragstellern für ihren Antrag, durch welchen die Brigade in den Stand gesetzt werde, ihren Dienst so zu tun, wie es notwendig ist. Die Kommission hat weiterhin erhebliche Streichungen bei der Bauleitung vorgenommen. Aber der bisherige Leiter des dortigen Bauwesens hat eine Erklärung zu Protokoll gegeben, wonach er die Aufrechterhaltung der Regierungsvorlage für ein dringendes Bedürfnis hält. Die Aufträge müssen fortwährend beauftragt und jeden Tag bezahlt werden, weil sie sonst nichts zu essen haben. Das Geleistete muß daher täglich verrechnet werden. Ich bitte dringend um Bewilligung dieser Position. Herr Dr. Südekum hat es gestern für beheblich erklärt, zu gestatten, daß die Offiziere und Beamten ihre Familien nach China mitnehmen. Demgegenüber erinnere ich daran, daß auch Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1871 den Offizieren und Unteroffizieren unserer Okkupationsarmee erlaubte, ihre Familien heranzuholen. Außerdem handelt es sich in China um Freiwillige, denen das Familienleben im fremden Lande wohl zu gönnen ist. Uebrigens haben nur 4 Offiziere und 6 Beamte von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht.

Herr Dr. Südekum (Soz.): Die Ausführungen des Kriegsministers haben mich nicht von der Unwichtigkeit meiner gestrichelten Darlegungen überzeugt. Wer die Trennung von seiner Familie nicht aushalten kann, soll sich eben nicht nach China melden. Gegenüber der Reminiscenz des Kriegsministers berweise ich auf Mohach, wo das französische Heer geschlagen wurde. Dort hat sich evident gezeigt, wie unvorstellbar es für ein Heer ist, einen großen Trupp mit sich zu führen. Außerdem würde durch die Ueberführung der Familien der Etat der Baubehaltung in Ostasien noch höher anschwellen als bisher; denn es muß doch auch für die Unterkunft dieser Familien gesorgt werden. Unter Protest gegen diese Ueberführung ist also durchaus angebracht. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Einem betont, daß die verheirateten Offiziere kein Quartier auf Staatskosten für ihre Familien erhalten.

Herr v. Harbortz (Abg.): Ich habe die geschichtlichen Kenntnisse des Herrn Dr. Südekum doch höher eingeschätzt. Er führte die Niederlage der Franzosen bei Mohach auf ihren großen Trupp zurück. Nun, ein großes Damenpersonal war ja dabei, aber das gerade als Familie zu bezeichnen, das würde ich nicht tun. (Gr. Heiter.)

Damit schließt die Diskussion.

Die Anträge Spahn (Str.), Paasche (natl.) und v. Normann (konf.) werden angenommen.

Beim Titel „Vereinfachung und Ausrichtung der Truppen“ hat die Kommission insgesamt 180 000 Mark abgesetzt. Herr v. Normann (konf.) beantragt, 8871 Mark weniger abzusetzen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen abgelehnt. Bei der Abstimmung wird von der Rechten dem stehbleibenden Zentrum zugezählt: Es ist ja Ihr Antrag! Herr Dr. Spahn schüttelt den Kopf und das Zentrum bleibt sitzen. (Seitertzeit links.) — Die Kommissionsbeschlüsse werden angenommen. — Der Rest des Staats wird nach kurzer Debatte im wesentlichen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgt die sozialdemokratische Interpellation wegen der Stilllegung der Kohlenruben im Ruhrrevier.

Der Reichstagslangler wird darin unter Hinweis auf die Arbeitslosigkeit der Arbeiter und die Ergänzungsrichtung von Bauern,

Handwerkern und Geschäftsleuten jener Gegend gefragt, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt: Der Reichstagslangler lehnt die Beantwortung ab, weil etwaige Maßregeln nur auf Grund des preussischen Berggesetzes in seiner jetzigen oder zukünftigen Form ergriffen werden und Maßregeln gegen die sozialpolitischen Folgen nur Sache der zuständigen Landesregierungen sein könnten.

Auf Antrag Singer wird die Besprechung beschlossen; für die Besprechung stimmen einige Nationalliberale und Zentrumsabgeordnete. Graf Posadowsky und die anderen Minister verlassen den Saal.

Herr Gue (Soz.): Die Antwort des Ministers Müller im preussischen Abgeordnetenhaus hat die Erregung im Ruhrrevier eher noch gesteigert. Die heutige Antwort des Reichstagslanglers wird die Sympathien für die Regierung im Ruhrrevier nicht vermehren. Wie kann er behaupten, daß hier keine Reichssache vorliegt? Die Stilllegung der Ruben ist ja nichts anderes als eine Folge der modernen Syndikatspolitik, und mit ihr befaßt sich der Reichstag durch die angeordnete Enquete über die Karzele. Hat die Reichsregierung nicht mehr die Macht, dem Kohlen Syndikat gegenüber die Arbeiter, Bauern und Arbeiter zu beschützen? Es handelt sich hier nicht um einen natürlichen Vorgang. Auch in früheren Jahren sind Ruben im Ruhrrevier stillgelegt worden, weil sie keinen Ertrag mehr gaben, ohne daß eine Aufregung entstand. Hier aber haben wir es mit einem gewaltigen Akt der Syndikatspolitik zu tun. Es sind an und nicht in erster Linie Arbeiter herangezogen, sondern kleine Bürger, der sogenannte Mittelstand, mit Amtsvorstehern und Landräten an der Spitze, die durch die Stilllegung der Ruben schwer geschädigt werden. Es ist falsch, wenn behauptet wird, weil der Betrieb unrentabel sei, und sie wären, wenn das Syndikat nicht bestände, noch früher außer Betrieb gesetzt worden. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Nehmer beruft sich auf die Bergwerke. Die Erneuerung des Syndikatsvertrags hat die Ruben zu der Maßnahme veranlaßt. Die großen Ruben kaufen die kleinen Ruben auf und setzen sie still, um ihre Beteiligungssätze zu erhöhen.

Wir begreifen genaugen jeden wirtschaftlichen Vorteil auf das lebhafteste und wenn die Stilllegung einer Grube einen Fortschritt für die Gesamtheit bedeutet, dann würden wir die ersten sein, die mit ihr einverstanden sind. Wir sind auch durchaus keine Feinde des Syndikats, wie ich in einem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ vor kurzem hervorgehoben habe. Freilich ist zu konstatieren, daß das Syndikat sich allmählich zu einem Lohnhändlerkartell herausgebildet hat. Wenn das Syndikat in der bisherigen Weise weiter arbeitet, so ist gar nicht abzusehen, warum es nicht alle Ruben im südlichen Ruhrrevier stilllegt, da es ja den ganzen Bedarf aus den nördlichen Gebieten allein liefern kann. All die kleinen Ruben im südlichen Gebiet wären längst stillgelegt, wenn den Herren nicht aus Angst vor den bestehenden Parlaamentsverhandlungen das Herz gebebt hätte. Nach der Ansicht des Bergmeisters Engel, des Geschäftsführers des Bergbauvereins, darf der Staat selbst dann nicht auf Grund des § 66 des Berggesetzes einschreiten, wenn alle südlichen Ruben stillgelegt wären, denn ein Kohlenmangel tritt dadurch nicht ein. Herr Müller teilt freilich diese enge Auffassung des § 66 nicht. Im Syndikat haben die 16 großen nördlichen Ruben allein die Majorität. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die kleinen Kapitalisten im Ruhrbergbau haben nichts zu sagen. Die kleinen Besitzer werden unter Anwendung von allerhand Machinationen durch große allmählich ausgekauft. Ein Flugblatt wirft den großen Besitzern geradezu Betrug vor, ohne daß Anlage erfolgt wäre. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch allerhand Kunstgriffe wird den kleinen Besitzern der Aktienbesitz verweigert. Herr Gild hat im Abgeordnetenhaus behauptet, die tausenden Ruben hätten gar keinen Nutzen davon gehabt. Ein merkwürdiger Geschäftsmann, der Geschäfte macht, von denen er vornehmlich weiß, daß dabei nichts zu verdienen ist! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So dumme sind unsere Grubenbesitzer nicht. In einem Bericht der Zeche „Concordia“ hat die 1902 Ruben kaufte und sofort stilllegte, wird übrigens der Ankauf als durchaus vorteilhaft bezeichnet. Eine andre Zeche rechnete sich einen um 800 000 Mark erhöhten Verdienst jährlich aus diesen Ankäufen heraus. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Gild

hat im Landtag von Herrn Söbel verlangt, er solle doch einen einzigen Arbeiter, der durch Stilllegung der Ruben arbeitslos geworden wäre, auf den Tisch des Hauses niederlegen. Dabei hat der Allgemeine Knappschafferverband einen vertraulichen Erfolg an die Urte gerichtet, worin sie zur strengeren Kontrolle der Kranken aufgefordert werden, weil von den Leuten, die infolge der Stilllegung der Ruben arbeitslos geworden wären, Simulation zu befürchten sei. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Gild ist so wenig orientiert, daß er im Reichstag seinerzeit erklären konnte, der erkrankte Bergmann bekomme 2 seines Lohnes als Krankengeld. Dabei sind es nur 50 Prozent. (Hört, hört!) Selbst über die geographische Lage der stillgelegten Ruben befindet sich Herr Gild im Unklaren. Er darf nicht verlangen, noch ernst genommen zu werden. Herr Müller sprach von einer Theaterpartei im Ruhrrevier. Es sind ja bloß 20 Ruben mit nur 20 000 Arbeitern bis jetzt stillgelegt! Nur 20 000 Arbeiter verlieren ihre Arbeitsmittel! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ohne diese Theaterpartei, das heißt den Entzündungssturm im Ruhrrevier wären jetzt noch weit mehr Ruben stillgelegt. Hat die Aufregung sich gelegt, dann wird die Stilllegung unter der Hand weiter vor sich gehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Stilllegung wird mit der Unrentabilität verteidigt. Aber die stillgelegte Zeche Eberg gab durchschnittlich 7,8 Prozent Dividende. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Hätte ich das nur von meinem Kapital! meinte ein Gutsherr zu mir. (Hört, hört! rechts.) Für die Zeche Steingart hat die arme Gemeinde Altdorf vor kurzem erst ihre Schulden um 20 000 Mark erhöht. (Hört, hört!), und jetzt wird die Zeche stillgelegt. Wo bleiben die Geschäftsleute, die Bauern, die sich auf den Anbau von Gemüse eingerichtet haben. Was ist eigentlich nach Syndikatsanschauungen rentabel? Als die Zeche Ehrenberg 1900 nur 7,5 Prozent verteilte, lagte ein Aktionär über die hohen Arbeitslöhne. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es werden durchaus nicht etwa Ruben mit abgebauten Flözen stillgelegt. Wir haben da als Mitglied des deutschen Volkes die Verpflichtung, zu verhindern, daß durch die Syndikatspolitik nationale Schätze an Kohlen vergeudet oder verloren werden. Eine ähnliche Entwicklung haben wir beim Kalisynikat und beim Stahlwerksverband zu befürchten, der dasselbe Gesellschaftskartell wie das Kohlen Syndikat besitzt und Eigentümer von Kohlen- und Erzruben ist. Eines guten Tages werden die Herren vom Stahlwerksverband ihre Betriebe verließen, wo sie ergebliche Kohlen- und Erzruben sitzen, und ganze Landstriche veröden lassen. Die Empörung über das Kohlen Syndikat ist im Ruhrrevier ganz allgemein. Das spiegelt sich wider in den Vorstellungen der dortigen nationalliberalen und ultramontanen Presse. Gerade die Kleinbürger und Geschäftsleute sind es, die die Arbeiter scharf machen. Vom Parteistandpunkt aus könnten wir damit ja sehr zufrieden sein, wir brauchen uns keine Mühe mehr zu geben, um die Leute aufzuklären.

Wir erblicken prinzipiell das Heilmittel gegenüber diesen Verhältnissen in der Verstaatlichung der Erdschätze, wie aller Produktionsmittel überhaupt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber darum handelt es sich hier nicht. Es handelt sich vielmehr hier um die Rettung unerreichlicher mit dem Verderben bedrohter Naturreichtümer. Wenn freilich Reich und Reichstag den kapitalistischen Grobkonzernen gegenüber machtlos dastehen, dann wird die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Verstaatlichung der Produktionsmittel immer weitere Kreise ergreifen. Ich bitte alle Parteien, die Sozialdemokraten, den Antrag einzutreten. Dann wird die Regierung schon Mittel und Wege finden, der Ausbeutungspolitik des Syndikats und der Vernichtung nationaler Schätze entgegen zu treten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Graf v. Posadowsky (konf.): Unbedingt hat hier auch das Reich ein Wort mitzureden. (Selbstverständlich! b. d. Soz.) Trotzdem haben wir im Anschluß an die Begründung des Grafen Posadowsky gegen die Besprechung gestimmt. Würde das Reich die Ruben verstaatlichen, so würden uns Preise abgefordert werden, daß den Besitzern der Verstaatlichung die Augen übergehen müßten. Der Schlüssel des ganzen Geheimnisses liegt darin, daß eine ganze Reihe von Ruben seit Jahren mit Verlust gearbeitet hat. Die Ruben suchen nach Möglichkeit die Förderung zu erhöhen, um mehr Ertrag zu erzielen; vom Standpunkt des Spiels der freien Kräfte läßt sich nichts

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Gegelex.

(113. Fortsetzung.)

Horstmann wußte nicht, wohin er im Dunkel lief, hörte nur die Aufe, das Klappern der Stiefel auf seinen Fersen. Auch jetzt noch wollten die einen seine Flucht begünstigen und hielten die Verfolger zurück. Aber das Geschrei wurde immer lauter. Vom Corneliusplatz kam jetzt die Menge herbeigerannt, in der Hoffnung, daß es was zu sehen gäbe. In wilden Sprüngen jagten Maskierte und Unmaskierte an Horstmann vorbei, daß ihnen der Schmutz um die Köpfe spritzte. Alles schrie jetzt wild durcheinander: „Salzt ihn! Den Dieb!... O jöh!... Schlagt ihn tot!... Hurra!... Feuer! Feuer!...“ Dazwischen gellen Pfeife, Schweißblasen und Pfeifchen knallen. Jungen sprangen hoch in die Luft. Die beiden Parteien waren gegeneinander geprallt, einen Knäuel bildend. Dehwitz, der seinen Schwager nicht mehr sah, wurde hin und her gestoßen. Blöhlisch wurde er von dem Haufen gegen das Gitter einer Säulengasse gedrängt. Dort sah er den Ingenieur zusammengebrochen auf der Erde liegen. Zwei Polizeibeamte, die von verschiedenen Seiten aufeinander zutretend, mit schnellen Schritten herbeimarschiert waren, schafften sich jetzt mit Hippenstößen Platz und drängten auch zu dem am Boden Liegenden. Dehwitz richtete mit Hilfe der Pensionsmutter, die im tiefsten Maß fluchte, Horstmann auf und trug ihn in eine Droschke, die vom Corneliusplatz heranzuhr. Er selbst und einer der Schutzleute stiegen mit in den Wagen. Als der Schutzmann fragte, wohin, erwiderte der Hauptmann:

„Auf die Wache! Der muß eingesperrt werden.“

Die Gäste waren fort. Nur die beiden als Dienstmänner maskierten Maler kamen zurück und holten ihre Rordgeschäfte ab. Anna, ihre Schwester und ihre Mutter saßen allein in dem Salon, in welchem noch alles wie

durcheinander stand. Alice und Frau Diabach besprachen aufgeregt den Vorfall und die eventuellen Folgen. Etwa nach einer Stunde kam Dehwitz wieder. Er hatte seinen Schwager im Polizeigewahrsam gelassen und mit einem Nebierbeamten alles geordnet. Es war nach Grafenberg telegraphiert worden, ob dort Platz sei. Jedenfalls würde Horstmann noch diesen Abend dorthin transportiert werden. Es war nur ein Akt des Geheimrats Zimmer nötig, daß Horstmann ein gemeingefährlicher Geisteskranker sei. Dehwitz war schon bei dem Geheimrat gewesen, der aber erst in einer halben Stunde nach Haus kommen würde. Dann wollte er ihn noch einmal aufsuchen.

Anna sagte, sie fühle sich unwohl und wolle zu Bett gehen. Sie stand auf und ging hinaus, ohne den andern die Hand zu geben. Ihr Zimmer verriegelte sie und setzte sich ans Fenster. Von der Straße klang noch immer das Schlagen der Pfeifchen herauf. Manchmal pfiß jemand grell, und eine Stimme gröhnte: „O jöh, wat hammer Freud...“ Anna hatte den Kopf aufgestützt und starrte an der buntgeblühten Seide ihres Kostüms hinunter. Ihr Lächeln war bitter, ein unsagbar müder Ausdruck lag um ihre Augen.

Nach kurzem Ueberlegen steckte sie die Lampe an. Dann setzte sie sich an den Schreibtisch und legte den Revolver ihres Mannes, den sie in die Tasche gesteckt hatte, neben sich. Ohne nachzudenken, warf sie folgende Zeilen aufs Papier:

„Herr Geheimrat, mein Mann ist nicht verrückt. Wir haben Sie alle belogen, ich am schlimmsten. Seine Beobachtungen, die Sie für Wahnsinn hielten, sind alle richtig. Es ist mein letzter Wunsch, daß er freigelassen wird. Ich sterbe jetzt. Ich sehe keinen andern Ausweg. Erfüllen Sie meinen Wunsch! Grüßen Sie meinen Mann, sagen Sie ihm, daß ich nicht glücklich war.“

Ihre Anna Horstmann.

Sie klingelte und gab den Brief ihrer Jungfer, mit dem Auftrag, ihn dem Geheimrat selbst zu geben.

„Soll ich gnädige Frau nicht erst umgehen?“
„Nicht nötig.“

Sie drückte dem Mädchen, das sie gern gehabt hatte, die Hand und befahl ihr, den Auftrag genau auszuführen.

Sie blieb lauschend auf dem Vorfaal stehen, bis sie die Haustür gehen hörte. Dann verschloß sie das Zimmer und setzte sich auf ihren gewöhnlichen Platz. Den Kopf leicht aufgestützt, in derselben sinnenden und zergangenen Haltung, wie sie in mancher Dämmerstunde hier gesessen hatte, blickte sie in den runden Spiegel an der Außenwand ihres Fensters, in dem sich die fernen Lichter des Corneliusplatzes spiegelten. Nach einigen Augenblicken ergreift sie mit geschlossenen Augen den Revolver, und während sie die Zähne zusammenbiss und den Kopf krampfhaft gegen das Kissen preßte, schoß sie sich in die rechte Schläfe. Als man von unten heraufgeht und die Tür geprügelt hatte, lag sie schon in den letzten Zügen. Der Geheimrat Zimmer, der vor dem Haus mit Lotte und dem Wärtner zusammengepflochten war, fand sie tot vor.

Es war gegen drei Uhr morgens. Bis Mitternacht hatte große Aufregung im Hause geherrscht. Eine Menge Leute waren ein und aus gegangen. Nun war man endlich zur Ruhe gekommen. Nach langem Auf- und Abwandern hatte Frau von Dehwitz, die bei der Verstorbenen wachte, sich aufs Bett gelegt und versuchte in einem Buch zu lesen. Der Hauptmann lag im Zimmer nebenan. Er hatte von Schred,ummer und Angst soviel Rotwein getrunken, daß er in einen bemußtlosen Schlaf gefallen war. Auch die Diensthofen waren in ihre Betten gekrochen, nachdem sie den Fall ein langes und breites besprochen hatten.

Die einzige, die noch vollständig munter war, war Frau Regierungsrat. In allem Gem- und Herrenten und Reden hatte sie die klarste Empfindung behalten. Nachdem der Geheimrat ihr Annas Brief gezeigt hatte, und er dann mit Fräulein Horstmann auf das Polizeibureau gegangen war, sah sie mit unheimlicher Deutlichkeit die Folgen der Affaire voraus. Der toten Saitnacht würde ein übler Mitternacht folgen.

(Fortsetzung folgt.)

in sagen. Andererseits müssen freilich auch die sozialen Gesichtspunkte beachtet werden. Es wird schwer sein, die richtige Mitte zwischen den zur Abhilfe vorgeschlagenen Maßnahmen zu finden. Die Übernahme verlassener Bergwerke auf den Staat dürfte sich kaum empfehlen. Dagegen, daß das Reich sich Stimmen in den Syndikatskammern sichert, vermag ich mir bei der bisherigen wissentlichen Pluralität Preußens gegenüber dem Syndikat (Sehr richtig! b. d. Soc.) keinen Erfolg. Die preussische Regierung hat das Syndikat erst groß gemacht. (Sehr richtig! b. d. Soc.) Vielleicht würde es sich empfehlen, die Eisenbahntarife einer Revision zu unterziehen. Ein besonderer Widerspruch des Syndikatswirtschaf liegt in den übrigen Bundesländern; die Ausführungen hierüber in der Enquete aber den Kohlenbergbau sind leider nicht in die Öffentlichkeit gelangt. Bekanntlich bekommen die Staatswerke, die dem Verband nicht angehören, keine Exportprämie. (Hört! b. d. Soc.; Terrorismus!) Ja, das ist das Spiel der freien Hand! Ich gebe zu, daß etwas geschähen muß. Wie wollen aber die Enquete abwarten, die nach den Ausführungen des Ministers Müller an Ort und Stelle vorgenommen werden soll, ehe wir weitere Vorschläge machen. (Bravo!)

Hg. Dr. Bachem (Antz.) bezieht sich auf die Ausführungen seines Fraktiongenossen Stödel im Landtag. § 65 des preussischen Berggesetzes muß dahin hergestellt werden, daß der Staat eingestehen kann, wenn das Stilllegen der Gruben bestimmte sozialpolitische Folgen zeitigt. Ferner müssen wir auf eine Beschleunigung der Syndikatsgesetzgebung hinwirken, die durch das Gebahren der Syndikats zur dringlichen Notwendigkeit geworden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es muß verhindert werden, daß die Industrie des Auslandes von den Syndikaten vor der einheimischen begünstigt wird. (Sehr richtig!)

Hg. Dr. Sattler (natl.): Mein Freund Dr. Beumer hat nicht gesagt, daß nur 18 Wochen stillgelegt werden sollen. Ich frage mich, ob Herr Sattler im Gegensatz zur sonstigen Auffassung der Sozialdemokratie für Beschäftigung der Bevölkerung bezieht. (Hört! b. d. Soc.) Jedenfalls keine Erträge liefern, müssen selbstverständlich stillgelegt werden. Es kann sich nur darum handeln, die entstehenden Schäden zu mildern. Bei den übrigen Wochen darf allerdings der Betrieb nicht vorzeitig stillgelegt werden. In der Hochkonjunktur haben die großen Gruben im Gegensatz zu den kleinen günstig gewirkt. Sie haben ein übertriebenes Hinübergehen der Preise verhindert. Wir haben an sich die Möglichkeit, ein neues Berggesetz zu machen. Man würde es den augenblicklichen Schäden nicht verhindern. Hoffentlich gelingt es dem Einfluß der preussischen Regierung, das Syndikat zum Einlenken zu bewegen. Der Staat, der den Eisenbahnverkehr in Kohlen in der Hand hält, hat Machtmittel genug, um dem Syndikat unangenehm werden zu können. Eine gute Rede wird auch beim Syndikat guten Boden finden. Im Syndikatswesen sind gewisse Gefahren vorhanden, vor allem kann durch Vereinigung von Kohle und Eisen eine Rechtskombination entstehen, die auch das staatliche Handeln unangünstig beeinflussen kann. Obwohl ich für Rechtsaufhebung der Eisenbahnen war, trage ich doch Bedenken, an eine Rechtsaufhebung des Kohlenbergbaues zu gehen, weil dadurch unser Wohlstand immer mehr bureaukratisiert würde. Die Syndikatsleiter müssen ihren eigenen Interessen, wenn sie ihre außerordentliche Macht nur mit Maß gebrauchen. (Bravo! b. d. Natl.)

Hg. Dr. Sattler (Presf. G.): Da die Sozialdemokratie leider infolge des Wahlergebnisses nicht im Landtag vertreten ist, ist sie gezwungen, hier zu interpellieren; ein Grund mehr für uns, das ungewisse Wahlergebnis in Preußen zu ändern. Kauflich besteht die Interpellation eine Bundesangelegenheit. Es steht fest, daß die Syndikatspolitik viele Gruben still legt, die noch eine Ausbeute ermöglichen. § 65 des Berggesetzes reicht hiergegen nicht aus. Kaufen der Gruben, die mit Anbuße arbeiten, so kann er sie auch nicht rentabel machen. Die allgemeine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues scheint mir wenig erwünscht. Das staatliche Interesse würde dann ausschlaggebend sein. Die von Herrn Bachem vorgeschlagenen Mittel scheinen mir gleichfalls wenig geeignet. Was soll man von einem Staatskommissar bei den Syndikaten erwarten, wenn der Minister die Weisheit des Kohlen-Syndikats so gepriesen hat. Das einzige Mittel gegen das Kohlen-Syndikat, das Erfolg verspricht, ist der Ankauf von Feldern im Ruhrgebiet durch den Staat und eine veränderte Tarifpolitik. (Bravo! links.)

Hg. Dr. Sattler (Presf. G.): Der Reichstag ist für die vorliegende Frage unzuständig, und die Regierung hätte sich an den Reichstag wenden müssen, schon um Zustimmung zu geben, die durch den Reichstag nicht möglich ist. Wenn die Angaben über die Stilllegung der Gruben sich noch heute durch den Reichstag schwanzen, hoffentlich arbeitet die Kommission des Herrn Müller gut und schnell. Die Debatte hat ergeben, daß Gruben stillgelegt worden sind, obwohl der Kohlenvorrat durchaus nicht erschöpft war. Gerade bei der Kanalarbabe ist darauf hingewiesen worden, daß der Kohlenvorrat im südlichen Ruhrgebiet noch lange nicht erschöpft ist. An der Kammer trägt das Kohlen-Syndikat die Hauptlast, das von der Regierung geradezu groß geschaltet worden ist. Hoffentlich wird die Regierung in Zukunft den Syndikaten strenger gegenüberstehen und die Interessen der Allgemeinheit mehr wahren. (Bravo! links.)

Hierauf verlegt das Haus die Fortsetzung der Debatte auf unbestimmte Zeit.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Kleinere Etats. Etat der Schatzgebiete. — Schluß 7 Uhr.

Aus der Parteibewegung.

Mit der Organisation der sozialdemokratischen Partei beschäftigt sich unser Breslauer Parteiorgan. Es vergleicht die Gewerkschaftsorganisationen mit den politischen Organisationen und den Lesern der Parteipresse und zieht daraus den Schluß, daß die politische Organisation der deutschen Arbeiter weit zurückgeblieben ist hinter der gewerkschaftlichen Organisation. Zum Teil liegt das sicher an der Organisationsform. Wir befinden uns in einer Uebergangsperiode zwischen dem losen Vertrauensmännersystem zu festeren Vereinsgebilden. Es ist dringend notwendig, daß das Tempo dieses Ueberganges etwas beschleunigt wird. Die losen Organisationen haben sich überlebt. Wir sollten von den Gewerkschaften lernen. Die ganze Partei-Organisation könnte, was in prinzipieller und taktischer Hinsicht sehr wünschenswert erscheint, auf solidere Basis gestellt werden, wenn sie nach dem Muster der Gewerkschaften und unter Berücksichtigung der natürlichen Unterschiede zentralisiert würde. Die heute noch bestehenden Hindernisse — Gesetzgebung einzelner Bundesstaaten, Frauenrechtlosigkeit, wirtschaftliche Abhängigkeit — sind nicht mehr durchschlagend genug, um eine immer notwendiger werdende Reform länger aufzuhalten. Was könnte die Partei alles leisten, wenn ihre innere Organisation, ihre Finanzen usw. nach dem Vorbilde der Gewerkschaften oder des Bundes der Landwirte, der ja auch politische Partei ist, durchgebildet würde? Ein älterer Parteigenosse in Breslau denkt demnach einen Anstoß in dieser Richtung zu geben und die wichtige Frage eventuell vor das Forum des Parteitag zu bringen. Es wird sich dann also Gelegenheit bieten, die Angelegenheit näher zu besprechen.

Provinz und Umgegend.

Strasau, 21. April. (Aus dem Gemeindehaushalt.) Das wird gewiß sein: Der für das laufende Jahr angelegte Etat beläuft sich in Einnahme und Ausgabe mit 85 700 Mk. Die Einnahme

betragen an... 150 Prozent Realsteuer 24 310,50
Einkommensteuer 20 800 Mk.
Zugabe aus Betriebssteuer 180 Mk., 140 Prozent fiktive Einkommensteuer 19 600 Mk. sonstige Steuern (Hunde, Postkarten usw.) 9000 Mk., Betriebsfonds 4000 Mk., Rente (Straßenberufungslohn) 11 210 Mk., Zinsen 589 Mk., Grundbesitz 877,14 Mk., Armenkasse 290 Mk., Polizeiverwaltung 911 Mk., Jugendheim 202,58 Mk. — An Ausgaben sind: Betriebsfonds 4000 Mk., Gemeindevorwaltung 9224 Mk., Schulzinsen (für die 170 690 Mk. betragenden Schulden) 4018,22 Mk., Schuldenzinsen und Sammelfonds 15 658 Mk., öffentliche Bäder und Abgaben 277,84 Mk., Gebäudeunterhaltung 160 Mk., Feuerlöschwesen 195 Mk., Armenkasse 4943 Mk., Straßenerleuchtung 2732,23 Mk., Wegebau und Unterhaltung 10 784 Mk., Schulen 14 740 Mk., Polizeiverwaltung 532 Mk., Kreissteuer 19 803 Mk., Kirchhof 430 Mk., Jugendheim 218,91 Mk. — Der Haushaltsplan der ev. Schulgemeinde balanciert mit 26 200 Mk. Einnahmen: Staatskasse 10 415 Mk., Gemeindefonds 14 770 Mk., Strafgebuhr 0,15 Mk. Die Schule ist fünfstufig und hat 8 Lehrer und 1 Lehrerin in 9 Klassen; die einzelnen Klassen haben 25—79 Schüler. Gesamtzahl der schulpflichtigen Kinder: 480 evangelische, 28 katholische. — Gegen das Vorjahr wurde der Zuschlag zur Einkommensteuer um 25 Prozent, der der Realsteuer um 15 Prozent erhöht. Die Steuer für Zugrunds wurde von 8 auf 10 Prozent erhöht. Zur Befreiung des im vorigen Jahre liegenden gelassenen Teiles der Dreierstraße sind 9000 Mk. in den Etat eingestellt. Wie die Beliebungssache so wird von jetzt ab der Mutterteil, soweit er bebaut ist, regelmäßig beleuchtet werden.

Erst, 22. April. (Soldatenelbstmord.) Der seit 10 Tagen abgängige Kanonier Wattenbach vom 19. Feldartillerie-Regiment wurde als Leiche aus dem Moritzwehr gezogen. Ueber die Beweggründe verläutet einweilen noch nichts.

Salberstadt, 21. April. (Ueberfahren.) Heute vor-mittag wurde in der Dominikanerstraße ein dreijähriges Kind von einem Fuhrwerk überfahren. Ein Arzt, welcher gerade des Weges kam, ließ das schwer verletzte Kind nach dem Krankenhaus fahren. Die Augenzeugen versichern, daß dem Fuhrwerk keine Schuld trifft.

(Auf zur Agitation!) Am kommenden Sonntag findet wieder eine Wandagitation statt. Genossen, welche daran teilnehmen wollen, müssen sich früh genug melden. Die Redaktoren werden sich ebenfalls zur Verfügung stellen, damit die Fernrunder besetzt werden können. Das Material wird vom Genossen August Albert bereitgestellt.

Barth a. d. Ode, 21. April. (Es geht vorwärts.) Nach jahrelangem Bemühen ist es den Barther Arbeitern endlich gelungen, ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zu erhalten. Am Sonntag fand bereits, im Lokale von Scholz, die erste Versammlung statt. Gewerkschaftsleiter Genosse Fein s. Magdeburg sprach über die Aufgaben der Gewerkschaften. Der lehrreiche Vortrag des Referenten sowie die lebhafteste Diskussion nach demselben werden hoffentlich den hiesigen Arbeitern ein weiterer Ansporn sein, gemeinsam mit vereinten Kräften für die Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu wirken.

Thale, 21. April. (Der Streik der Maurer) dauert, da die Meister keinerlei Zugeständnisse gemacht haben, unabänderlich fort. Die organisierten Kollegen des Berufes in der Umgegend werden dafür Sorge tragen, daß sich keine Arbeitswilligen finden.

Thale, 21. April. (Wieder ein Opfer.) Im Stanzwerk des Eisenhüttenwerks hat sich Mittwoch früh 6 Uhr der 20 Jahre alte Arbeiter Otto Binte aus Bernrode die rechte Hand abgehängt, sobald der Daumen nur noch abdrückte. Es ist dieses der zweite Fall in 14 Tagen. Zugetragen hat sich das Unglück an derselben Maschine, Stange Nr. 28, die von den Arbeitern Nordmaschine genannt wird, an welcher der Ausbilder nicht funktionieren soll. Der Gewerkschaftsinspektor Häusler wird natürlich die Ursache untersuchen, damit weiteren vorgebeugt wird.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Mittwoch nach-mittag erlosch im Knobelschen Wäldchen bei Dörpke die Leuchte des Wälders G. Jahrelanges Weiden hat die Frau zu diesem Schritte verleitet. — Ein furchtbarer Brand legte am Donnerstag einen Teil des Dorfes Samitz bei Salzwedel in Asche. Der Brand kam bei dem Anbauer Halbbaum aus; hier brannte eine Scheune mit Vieh und nieder. Das Feuer griff sodann auf die Nachbargebäude über und zwang zunächst auf den Hof des Heinrich Niebau, hier brannte das Haus und Stallgebäude mit Inhalt nieder. Die Flammen ergriffen weiter das mit Stroh gedeckte Wohnhaus des August Schulz und legten dieses und einen Schweinestall in Asche. Hier verbrannten 19 Ferkel und 2 Säuen; kurz darauf fanden die Scheune und Stallung des Adolf Halbbaum in Flammen und brannten total nieder. Gleichzeitig brannte bei Heinrich Gauschter eine strohgedeckte Scheune und ein massiver Stall nieder. Das wütende Element legte sodann das ganze Gehöft des Kolonialwarenhändlers Ernst Niebau in Asche. Bei Anbauer Will Halbbaum wurde schließlich noch eine Scheune, welche Maschinen und einen großen Strohvorrat enthielt, in Asche gelegt. Der Brandschaden ist augenblicklich noch nicht zu überschätzen. Es wird Brandstiftung vermutet.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 21. April 1904.

Schlägerei. Am 17. Januar d. J. kam es im „Stadtpark“ zu Schönebeck vor der Ganderode zu einer Schlägerei, an der sich auch der Arbeiter Karl Wödelmann aus Troste, geboren 1885, und der Arbeiter Ernst Knopf zu Schönebeck, geboren 1882, beteiligten. Sie schlugen gemeinschaftlich mit den Fäusten auf den Arbeiter Dahl los. Schließlich zog Wödelmann sein Messer und verletzte Dahl damit von hinten einen Stich in den Kopf. Die Kammer verurteilte wegen gefährlicher Körperverletzung Wödelmann zu 9 Monaten Gefängnis, ferner die beiden Angeklagten zu je 30 Mark Geldstrafe event. 8 Tagen Gefängnis. Wödelmann wurde sofort verhaftet.

Verworfenene Berufung. Der Maurer Wilhelm Höbing zu Urensdorf, geboren 1872, wurde vom Schöffengericht am 15. März d. J. wegen Körperverletzung mit 40 Mark Geldstrafe belegt. Er hatte in der Nacht zum 20. Dezember 1903 den Arbeiter Busse, der auf der Dorfstraße wie eine Kuh brüllte an den Kopf geschlagen. Die Berufung wurde verworfen.

Militär-Zustiz.

Aus Magdeburg gemeldet. Vor dem Oberkriegsgericht in Frankfurt a. M. sollte sich der ehemalige Unteroffizier Johann Bender vom 81. Infanterie-Regiment wegen Verleitung zum Meineid verantworten. Unteroffizier Häppler war jenseitig wegen Mißhandlung eines Untergebenen angeklagt, weil er einem Soldaten beim „Kaffeefassen“ eine Ohrfeige gegeben hatte. In der Verhandlung gegen Häppler war der Richter Kehler als Zeuge vernommen worden, der sich in merkwürdige Widersprüche verwickelte und schließlich angab, daß er seine ersten entsetzlichen Angaben auf Veranlassung von Bender gemacht habe. Häppler wurde schließlich wegen Mißhandlung zu 10 Tagen Militärarrest verurteilt, gegen Bender aber Anklage wegen Verleitung zum Meineid erhoben. Das Kriegsgericht sprach ihn zwar am 9. September d. J. frei, weil die anderen Zeugen nichts mehr von der Sache wissen wollten, so daß der Richter Kehler der einzige Belastungszeuge war. Allein der Gerichtsherr legte Berufung ein und die Sache kam vor das Oberkriegsgericht. Bender, der mittlerweile vom Regiment entlassen und nach Magdeburg berufen war, verstand es, die Verhandlung durch den Vorwand, er sei krank, längere Zeit hinauszuziehen. Auch die letzte Verhandlung mußte abgebrochen werden; denn kurz

vorher traf aus Magdeburg die Nachricht ein, daß der ehemalige Unteroffizier trotz polizeilicher Ueberwachung flüchtig geworden sei. Es wird jetzt ein Steckbrief gegen ihn erlassen.

Kasernen-Gehelmsche. Ein wahrer Kattenkönig von Unter-schlagen und Soldatenmishandlungen wird das Kriegsgericht Trier demnach beschlagnahmt. Mächtig wurde ein Sergeant des dritten Bataillons vom Infanterie-Regiment Nr. 29 wegen Unterschlagung und Eitelkeitsverbrechen zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Verurteilte ließ Neuzugungen fallen, die für mehrere Kameraden sehr belastend waren. Die daraufhin eingeleitete Untersuchung ergab Unterschlagungen in größerem Umfang, sowie Eitelkeitsverbrechen u. s. w. Ein Feldwebel und ein Wagenschreiber sind bereits in Untersuchungshaft abgeführt worden. Erstere sind auch etwa 80 Soldatenmishandlungen, darunter sehr schwere, nachgewiesen worden. Der Feldwebel ist verheiratet, beide Verhaftete dienen schon im zwölften Jahre.

Ein minder schwere Fälle — sechs Wochen Militärarrest. Der Unteroffizier Paul Zimmermann von der 6. Kompanie des 4. Infanterie-Regiments in Jena hat sich am Dienstag vor dem Kriegsgericht der 88. Division in Erfurt wegen Soldatenmishandlung in elf Fällen zu verantworten. Der Angeklagte scheint an „Gedächtnisschwäche“ zu leiden, denn er will sich auf die ihm zur Last gelegten Fälle nicht genau besinnen können und in den Fällen, wo er sich besinnen kann, wollte er durch die Mißhandlung den Beschlagenen Schmerzen nicht verursachen. In einem Falle sieht er beim Stiefelappell einem Netzen die Stiefel ins Gesicht, daß ihm die Augen überläuft; demselben Mann gab er mindestens vier Ohrfeigen, die „nicht sehr weh taten“. Einem andern gab er eine Ohrfeige, die „etwas brannte“. Der dritte Soldat erhielt zwei Schläge auf den Kopf und eine Ohrfeige, die ebenfalls brannte. Im vierten Falle wurde einem Netzen der Helm verpaßt, daß ihm der Kopf weh tat. Weiter erhielt dieser Mann zweimal Faustschläge in den Rücken, weil die Wunde hinten zu weit vorgedrungen und vom Schluß Schläge mit dem Stiefelappell, was gleichfalls „nicht sehr“ weh tat. Wunderbarerweise stellten die Mißhandlungen und auch andre Reuegen den Angeklagten als einen guten Unter-offizier hin, der im Dienste sehr streng sei, in der dienstfreien Zeit aber mit ihnen Karten spiele, damit die Zeit vergehe. Der Vertreter der Anklage findet, daß ein minder schwere Fälle vorliegen, wovon zehn im Dienst begangen sind. Er beantragt 6 Wochen Militärarrest und das Gericht erkennt demgemäß. Von einer Degradation wurde Abstand genommen, weil der Angeklagte sich im Dienst für diese Mißhandlungen habe hinreichend entschuldigt. — Der Fall kann also nach Ablauf des 6. Wochen weitere Qualereien begehren.

Der tapfere Leutnant. Wegen Soldatenmishandlung hatte sich der Leutnant Otto Gehbart von der 6. Kompanie des 120. Infanterie-Regiments vor dem Ulmer Kriegsgericht zu verantworten. Er hatte einen Musikanten, der schlecht marschierte, drei bis viermal sich hinlegen und aufstehen lassen und ihn, der sich nicht mehr bewegen durfte und konnte, bald darauf auch mit der geballten Faust einen kräftigen Stoß gegen die linke Brust versetzt. Der Mißhandelte gab an, er habe einige Zeit Schmerzen gehabt und auch in der ersten Nacht nicht schlafen können. Das Urteil lautet wegen Mißhandlung auf die gesetzliche Mindeststrafe von 8 Tagen Stubenarrest. Der Verteidiger, ein Hauptmann, plädierte auf die geringste Strafe wegen vorchriftsmäßiger Behandlung und meinte, daß Kartenhaus der Anklage falle vollständig in sich zusammen, da ein Stoß, wie der verurteilte, der unmöglich besondere Schmerzen verursacht haben könne, nicht als eine Mißhandlung gelten könne. Zudem schädige auch jeder Tag Freiheitsstrafe, auf den erkannt würde, die Disziplin. — Logik: Je mehr Ethik, desto mehr — Disziplin.

Vereins-Kalender.

Angaben unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf. Bei Besetzung von Mann-schaften für diesen Zeit nach dem Maß der eintreffenden Besten beigefügt werden. —
Verein Deutscher Schuhmacher, Zahlstelle Neustadt. Sonnabend den 23. d. M., abends 8 Uhr, Versammlung im Restaurant „Zur Gemütslichkeit“, Schmidstr. 58. — 978
Deutsche Wagenbauer-Krankenkasse, Filiale Wuckau 1. Versammlung am Sonntag den 24. April, vorm. 10 1/2 Uhr im „Thalia“. Erscheinen aller Mitglieder notwendig. — 975
Deutsche Wagenbauer-Krankenkasse, Filiale Wuckau 2. Versammlung am Sonntag den 24. April, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Fint-, Wartenstraße. — 976
Burg. Freie Turnerschaft. Sonntag den 24. April Turn-fahrt nach Gerwisch. Abmarsch vom „Hohensollenpark“ morgens 6 1/2 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. — 974

Briefkasten.

A. G., Burg. Ausländer haben keinen Anspruch auf Rück-erstattung von Invalidenversicherungsbeiträgen bei Verlassen des Reichs-gebietes. —
Otto D., hier. Sie müssen Ihre Frau zur Rückkehr auffordern und wenn sie dies nicht tut, müssen Sie einen neuen Sübnervertrag vor dem Amtsgericht hier beantragen. Fällt dieser erfolglos aus, so richten Sie an die Ortsbehörde hier ein Gesuch um Bewilligung des Armenrechts zur Anstellung der Frau gegen Ihre Ehefrau auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens. Das Urteil über erfolglose Sübne ist beizulegen. Ein Jahr nach Beurteilung Ihrer Frau und wenn sie bis dahin nicht zurückkommt, können Sie erst auf Scheidung klagen. Reifegebild brauchen Sie ihr nicht zu schicken. Auf Grund gegenseitiger Einwilligung wird eine Ehe nicht geschieden. —
Germann K., hier. Da bei Beziehung der Wohnung keine Kündigungsfrist vereinbart war, konnten Sie sogar monatlich kündigen. Voraussetzung ist aber, daß die Wohnung nicht etwa auf ein Jahr gemietet war. —
Sänger in Staffort. Gesangsvereine sind nicht anmeldepflichtig, ergo auch nicht ihre Abende und das Lokal. —
Windrose. Wenn Sie aus Unvorsichtigkeit durch einen Schuß verletzt worden sind, so muß der Täter Schadenersatz leisten. Die Klage muß Ihr Mann erheben. —
O. L. Wenn dort keine Verbotstafeln stehen, so wird das Befahren des Radfahrwegs wohl nicht verboten und damit auch nicht strafbar sein. —
Schn., Sudenburg. Ob Sie sich einen Beleidiger nehmen sollen oder nicht, können wir Ihnen nicht sagen, da wir die Sache nicht kennen. Ihre Frau erzählt alles beim Anwalt, Dreiteweg, am Gassebachplatz, nachmittags. —
Germann K., Burg. Dazu bedarf es keiner polizeilichen Genehmigung. Die zweite Frage läßt sich nicht beantworten. Sie müssen erzählen, was, auf wie lange, wo, wofür Sie gemietet haben und was für Kündigungsvereinbarung ist, wie die Miete bezahlt werden sollte usw. —
Fr. Schm., Schönebeck. Warum lassen Sie die Sache nicht den Genossen Treffahn verfolgen? Er hat doch den Einstellungsbeschluss von Frau S. haben wollen, um weitere Schritte zu unternehmen. Frau S. wollte auch das gerichtliche Schreiben sofort bringen, hat sich aber nicht wieder sehen lassen. Bevor wir uns mit der Sache befassen können, müssen wir genaue Informationen und Zeugen haben. Wenden Sie sich nur ruhig an den Genossen K., der wird das nötige schon veranlassen. —
Berlin. Zweiggeschäft oder Filiale ist dasselbe. Falls die Firmen-anmeldung nötig sein wird, werden Sie dazu aufgefordert. —

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 95.

Magdeburg, Sonnabend den 23. April 1904.

15. Jahrgang.

Ans dem Stadtverordnetenversammlungssaale.

Magdeburg, den 21. April 1904.

Die Sitzung wird 4 1/2 Uhr eröffnet.
Zugestimmt wird debattellos der Verpachtung von 28 Hektar 48 Ar 85 Quadratmeter Acker der Peter Zindeschen Hauptkultivierung auf 6 Jahre für die Summe von jährlich 4906,08 Mk.; der Verpachtung des der Peter Zindeschen Landwehrstiftung gehörigen Ackerstücks der Gemarkung Subenburg an der Subenburger Wuhne in der Größe von 1 Hektar 85 Ar 80 Quadratmeter auf 6 Jahre für jährlich 525,10 Mark an den Ackerbürger Wöde; der Verpachtung des der Peter Zindeschen Stiftung für Subenburger Arme gehörigen Ackerstücks der Gemarkung Subenburg an der Subenburger Wuhne in der Größe von 1 Hektar 55 Ar 96 Quadratmeter auf 6 Jahre für jährlich 555,59 Mark an die Firma J. C. Schneider, Galberstädterstraße 127; der Verpachtung von 4 Ackerstücken der Peter Zindeschen Grabgewölbe-Stiftung in Subenburger Feldmark an der Leipziger Chaussee von zusammen 5 Hektar 4 Ar 17 Quadratmeter Größe auf 6 Jahre für jährlich 968,01 Mark und der Ueberführung der für die Erweiterung der Verleitelungsanlagen auf den Weisen beim Herrenkrug (Schlauchverleitelungsanlage) bewilligten 3000 Mark um 57 Mark 31 Pfg.

Ein Antrag O demar, von weiteren Verleitelungen abzugehen, wird abgelehnt.

Die Einheitsätze für die Berechnung der Straßenherstellungskosten für 1904 sollen in gleicher Höhe wie 1903 bleiben. Die Versammlung erhebt keinen Widerspruch.

Es folgt die Beratung zu Nr. 9: Gewährung eines unberginslosen und auf 10 Jahre un kündbaren Darlehens von 30 000 Mark an den Magdeburger Stadtverein für innere Mission.

Stadtb. Nathusius erklärt, der Verein verdiene die Beihilfe in erster Linie von allen Vereinen Magdeburgs. Seine Wirksamkeit komme unserm Gemeinwesen in reichem Maße zugute.

Stadtb. O demar plädiert für Ablehnung des Antrags, denn wenn sich der Verein mit dem Ankauf seines viel zu teuren Hauses verpflichtet habe, hätte die Stadt keine Ursache, die Zinsen dafür aufzubringen. Der Verein hätte sich mit einem kleineren Vereinshaus begnügen sollen. Wie denkt man über einen Privatmann, der in dieser Weise über seine Verhältnisse hinauswirtschafte? Wie kommt die Stadt dazu, die Spartenüberschüsse zu solchen überflüssigen Zwecken zu verwenden. Bisher hat man ja immer solche Dinge unterstützt, die „oben“ gern gesehen werden. Wie, wenn aber z. B. die hiesige freireligiöse Gemeinde, die ebenso unterstützungsbedürftig und wert sei, oder die Heilsarmee mit einem ähnlichen Anliegen käme? Wäre man da auch so bereitwillig? (Der Bürgermeister nickt mit dem Kopfe.) Redner stellt den Antrag, 500 Mark dem Verein zur Bezahlung der Zinsen zu schenken.

Bürgermeister Fischer: Wenn die freireligiöse Gemeinde uns nachweist, daß sie bei Stiftung öffentlicher Institute usw. und für soziale Wohlfahrtszwecke Defizit gemacht hat, werden wir ebenfalls bereit sein, derselben mit einem Darlehn beizuspringen. Redner versucht, den ungeheuren Nutzen der Mission zu beweisen. Er und der Oberbürgermeister hätten bei dem Hauskauf des Vereins selbst mitgewirkt. (Hört, hört!) Der Verein sei in einer Zwangslage gewesen. Die 30 000 Mark wären nicht ganz weggefallen.

Stadtb. Guttsche tritt für die Vorlage ein, weil der Verein soziale Funktionen ausübe und zwar solche, die eigentlich der Kommune zu erfüllen hätte. Auch dieser Redner rühmt in überschwänglichen Worten die Nützlichkeit des Vereins.

Stadtb. Nitsch ist über das Geständnis Guttsches erfreut, denn so erfülle die Öffentlichkeit wenigstens, daß andere bereits die Darlehen gekündigt hätten. Es sei wahr, daß der Verein sich böse verpflichtet habe und die 30 000 Mark seien direkt verloren, wenn man sie hergebe. Es stehe fest, daß nicht ein Hauskäufer das Haus des Vereins für 200 000 Mark kaufe. — Die „Moral“ würde damit nicht gewinnen. Die Zunahme der Moral hänge nicht von der Tätigkeit der inneren Mission ab. Redner bittet, die Vorlage abzulehnen.

Stadtb. Guttsche bestätigt, daß der Verein von der Zinslast loskommen möchte.

Stadtb. Danforth gibt zu, daß der Verein mit dem Grundstück in der Poststraße leichtfertig gewirtschaftet habe. Redner beantragt Ueberweisung an eine Kommission, die feststellen soll,

ob der Verein, der noch sehr viel Geld gebrauche, mit der Summe dauernd auskommen wird. Er sei überzeugt, daß die Stadt das Geld wohl nie wiedersehen werde.

Stadtb. Vorsteher Fricke polemisiert gegen den Stadtb. Nitsch. Etwas mehr sei das Grundstück doch wert. Er bittet die Versammlung, sich auf einen praktischen Standpunkt zu stellen, denn die Tätigkeit des Vereins sei eine sehr segensreiche. Der Saal diene ebenfalls nützlichen Bestrebungen (Abhaltung von Konzerten).

Stadtb. Stern lobt die Tätigkeit der Stadtkommission. Man solle die 30 000 Mark bewilligen, denn damit helfe man den Verarmten der Armen. Selbst wenn der Verein sich verpflichtet habe, solle man die Summe bewilligen.

Stadtb. Görnemann weist nach, daß dem Magistrat ein Irrtum unterlaufen sei: Weide Käufer stelle der Verein nicht in den Dienst der Wohltätigkeit, denn ein derselben habe er u. a. auch an ein Polizeirevier als Bureau vermietet. (Heiterkeit.) Es sei nicht nötig gewesen, es so darzustellen, als ob der Verein das Geld je wieder zurückzahlen könne. Das Haus, das der Verein sich gekauft, sei viel zu teuer und habe den Verein in Verlegenheiten gebracht. Ueberdies mache der Verein mit seinen Sälen den hiesigen Wirten Konkurrenz, deshalb solle man die Vorlage ablehnen. Wie, wenn morgen der St. Josephs-Verein und andre Institute mit ähnlichen Zumutungen kämen?

Oberbürgermeister Schneider: Ihre Gegnerschaft basiert auf konfessionellem Gebiet. Was andre, was hier vorgebracht ist, ist Deforation. Man ist dagegen, weil der Verein auch religiösen Zwecken dient. (Widerpruch.) Wenn die freireligiöse Gemeinde nachweist, daß sie wohltätigen Zwecken dient und unterstützungsbedürftig ist, dann werden wir keinen Anstand nehmen, ebenfalls ein Darlehen herzugeben. In sehr ausführlicher Weise lobt auch dieser Redner überschwänglich die Tätigkeit der Stadtkommission.

Stadtb. O demar erklärt, nun erst recht in seiner ablehnenden Haltung, und zwar durch die Lobredner des Vereins bestärkt zu sein. Der Verein habe anfangs ein Haus eines Regierungsrats kaufen wollen, aber einer Wastorenfrau hätten die Wohnräume dort nicht gepaßt. Jetzt sitze er dafür in der Linde. — Toleranz suche man bei den Orthodoxen vergebens. (Lolche des Vorstehenden.) Aber weshalb soll man das nicht sagen? Toleranz gibt es bei dieser Gesellschaft nicht. Die Orthodoxen sind mir die allerunangenehmsten Menschen. Aber ich bin eben aus Gründen der Toleranz gegen den Antrag. Der Verein möge bei seinen Mitgliedern versuchen, Geld zu erhalten.

Stadtb. Haupt: Er habe das Gefühl, als sollten die 30 000 Mark dazu dienen, die übrigen „Wohltäter“, die auch noch Geld hergeben müßten, anzufeuern. Die Bürgermeister hätten nicht vorzüglich gehandelt, als sie dem ungeheuerlichen Hauskauf zustimmten. Auch die übrigen „Gründe“ des Oberbürgermeisters seien nur deforativ gewesen. Den von der Konkurrenz der Wirte habe er nicht zu überlegen vermahnt. Es gäbe aber noch eine Institution in Deutschland und Magdeburg, die für Millionen Segen gestiftet hätte, und die mit demselben Grunde ein Darlehen verlangen könne, und das sei die Gewerkschaftsbewegung. Die wirke eminent christlicher als die innere Mission, die bekanntlich eine Gründung eines — Söder sei. Zur Illustration des „christlichen“ Wirkens der Mission erinnert Redner an folgendes:

Ein Mitglied der inneren Mission habe dem Stadtb. Nitsch, als dieser im Gefängnis saß, gesagt: „Wenn Sie nun noch zwei Jahre abzusitzen haben, dann werden Sie bald unserer Meinung sein.“ Da ist es also begreiflich, daß Nitsch sich scharf gegen die innere Mission wende.

Der Titel „Insgemein“ weise nur noch 52 000 Mark auf (etwas mehr wie sonst, weil die Löhne der städtischen Arbeiter darauf aufgebracht werden sollten). Jetzt seien nur noch 17 000 Mark vorhanden und beim nächsten Punkt verlange man noch etwa 6000 Mark. Und dabei stehe man doch erst am Anfang des Geschäftsjahrs! Das sei doch keine gesunde Finanzpolitik! Auch aus diesen Gründen lehne er die Vorlage ab. Auf die Leimrute des Bürgermeisters Fischer betr. der freireligiösen Gemeinde hüffe kein Mensch. Man wolle zuerst die 30 000 Mark haben, um dann — die freireligiöse Gemeinde abzuweisen. Wir geben uns auch nicht dazu her, für den Staat, der in erster Linie für „Erhaltung der Religion“ eingetreten habe, in den Steuerjüdel zu greifen. Man solle sich zuerst einmal an die um Geldbeträge wenden, die immer sozial Aufhebens davon machen, daß dem Volke die „Religion erhalten werden“ müsse.

Stadtb. Brüggemann tritt unter großem Erstaunen der Versammlung für Ablehnung der Vorlage ein.

In der Abstimmung wird der Antrag, die Sache der Kommission zu überweisen, angenommen. Der Kommission gehören von sozialdemokratischer Seite die Stadtverordneten Nitsch und Banta an.

Den Bericht des verstärkten Rechts-Ausschusses über die Vorlage, betreffend die Invalidenversicherungspflicht von Schuldnerfrauen, erstattet Stadtb. Guttsche, der den gestern in der „Volksstimme“ veröffentlichten Beschluß zur Annahme empfiehlt. Ohne Debatte beschließt die Versammlung demgemäß.

Es folgt die Anfrage der Stadtverordneten O demar und Genossen an den Magistrat, betreffend

die Wasserversorgung Magdeburgs.

Die Anfrage lautet:
Ist Magistrat instande und bereit, der Versammlung Mitteilung zu machen:

1. inwieweit die Vorarbeiten zur Anlage eines Verjüchsbrennens am Fläming gebieten sind und
2. was Magistrat inzwischen noch andre Erwägungen und Untersuchungen zur Gewinnung besseren Wassers angeht und welches ist das Resultat,
3. ist Magistrat dem Projekt der Wasserversorgung vom Garze nähergetreten und
4. sind Verhandlungen mit der Staatsregierung wegen Aufbringung der Kosten einer neuen Wasserversorgung eingeleitet und mit welchem Erfolge bis jetzt.

O demar, Magbach, Dupont, Badelt, Ungnade, Goetze, Laaf, Müller, Gähme, Oswald, Hermann, Schaefer, Kessler.

Stadtb. O demar erinnert daran, daß bereits vor vier Monaten die halbe Million für den Verjüchsbrennen bewilligt worden sei. Der Bürgerschaft habe sich, weil man nichts mehr von der Vorlage höre, eine wachsende Beunruhigung bemächtigt. (Lachen.) Weitere Prüfungen der geplanten Wasseranlage seien unbedingt nötig.

Oberbürgermeister Schneider antwortet, daß er sich freue, allerlei Gerüchten hier entgegenzutreten zu können. Er erinnert daran, daß eine Bürgerversammlung gefordert habe, die Aufsichtsbekörde möge sich gegen das Projekt wenden. Damit habe man die Selbstverwaltung der Gemeinde mit Füßen getreten und könne er die Kritik ruhig der übrigen Einwohnergesellschaft überlassen. Wenn dem Magistrat von gewisser Seite Hartnäckigkeit nicht geglaubt werde, so könne ihm ein unparteiischer Urteil der Aufsichtsbekörde übrigens nur willkommen sein. Was Nummer 1 der Anfrage betreffe, so sei Baurat Thiem dabei, das Projekt der ganzen Anlage aufzustellen; in zwei Monaten etwa werde es fertig sein. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten für die Ausführung seien durch Einberufen mit dem Bezirksauschuß beseitigt. Die Stadt brauche keinen Grund und Boden zu erwerben, sondern habe nur den angerichteten Schaden angemessen zu vergüten. Was die Frage 2 angehe, so habe der Magistrat eigentlich nach dem Beschluß beider städtischen Behörden keine Veranlassung gehabt, sich mit anderen Projekten zu befassen. Das Wasserprojekt erscheine dem Magistrat abgetan, nachdem Preußen und Braunschweig den Bau der Sperr im Dohetal für unannehmbar erklärt hätten und die Wasserwerks-Gesellschaft sich daraufhin aufgelöst habe. Das Projekt des Herrn Korte mit dem Prester See komme nicht in Frage, weil dieser See ein stagnierender Elbarm sei und schlechteres Wasser als die Elbe habe. Ueber ein neues Projekt, bei Mödern und Loburg zu bohren, schwebe noch die Verhandlung. Die Quelle bei Mödern sei nicht ergiebig genug, die bei Loburg scheine es für den jetzigen Verbrauch zu sein. Ihre Erschließung und Benützung könne bequem, da sie 20 Kilometer näher liege, mit der Erschließung des Flämingwassers verbunden werden. Geheimrat Behnlag und Baurat Thiem seien mit der Untersuchung betraut und man müsse das Ergebnis abwarten. Was die Anfrage zu 4 betreffe, so werde der Magistrat, sobald das Projekt fertig ist, mit der Regierung wegen der Kostenbeteiligung in Verhandlung treten. Jetzt von den Abwässern der Zuckfabriken als Hauptursachen des schlechten Elbwassers zu sprechen, seien traurige Nebenarten, die falsch und unklug seien. Die Hauptverschlechterung des Elbwassers käme vom Salz. Wegen des Salzaufschlusses seien auch die noch schwebenden Klagen gegen Mansfeld und Staßfurt angebracht. Die Verlegung der Schöpfstelle oberhalb der Saalemündung bringe uns nicht los von der fests

Kleines Feuilleton.

Werestschagin.

Wir haben gemeldet, daß der berühmte russische Maler des Krieges kein Untergang des „Petropawlowsk“ seinen Tod gefunden hat. Ein Augenzeuge der Explosion, der überlebende Signalmaat Wolschhow, gibt russischen Blättern die folgende Schilderung:

Die japanische Kreuzerdivision kam uns anfänglich entgegen, dann entfernte sie sich. Wir verfolgten sie und gaben dabei 16 Schüsse ab. Später zeigten sich 14 große Schiffe, darunter fast alle Kreuzer gepanzert, während nur unter unsern Schiffen nur einen Panzerkreuzer, den „Wajan“, hatten. Deshalb lehnten wir um und gelangten wieder auf die Meede, „Petropawlowsk“ voran. Ich stand im Steuerhause auf der Brücke und schlug das letzte Signal auf, das Admiral Makarow befaß: „Torpedoboote in den inneren Hafen einlaufen!“, als plötzlich das Schiff unter einer furchtbaren Explosion erbebte. Ich stürzte zur Tür des Steuerhauses; ein Offizier, wahrscheinlich der Steuermann, kam mir entgegen. Unser Schiff legte sich hart auf die Seite. Auf der Brücke erblickte ich den Admiral, mit dem Gesicht nach der Erde liegend, ganz in Blut gebadet. Ich stürzte auf ihn zu und wollte ihn aufheben, aber das Schiff sank immer mehr; allerseits flogen Trümmer; es heulte und fragte; Rauch und Feuer umgaben uns. Ich sprang auf irgend eine Erhöhung, wurde dann fortgeschleudert, konnte noch schnell etwas ergreifen und mich anklammern, wurde jedoch mit unter Wasser hinabgezogen. Ich erinnere mich noch eines fallenden Mastes, dann an nichts mehr. Auf unserm Schiff war ein alter, hübscher Herr mit weißem Bart, der unaufhörlich, auf Deck stehend, schrie — wahrscheinlich auch er umgelommen.

Mit diesem „alten hübschen Herrn“ kann nur Werestschagin gemeint sein. Ueber sein Lebenswerk gibt der Feuilletonredakteur der „Sächs. Arbeiterztg.“ eine zusammenfassende Schilderung, die wir in Ergänzung unserer kurzen biographischen Angaben hier folgen lassen:

„Als der erste Nobel-Preis für den eifrigsten Wortkämpfer der Friedenssache vergeben wurde, da hatten wenige ein größeres Recht

auf diesen Preis als Werestschagin. Nicht allein, weil er den Krieg in seinen unerbittlichen Gemälden oftmals gemalt hatte, auch deshalb, weil er selbst oft im Schlachtenbann gestanden. Er hatte nicht wie die Herren Kriegsmaler und Verherrlicher, die sich in mollig-warmen Ateliers für die Poesie der Kartätschen und Kanonen begeistern, Vorstudien bloß in Gemäldegalerien betrieben, er hatte den russisch-türkischen Krieg selbst tapfer mitgemacht. Er ist jetzt als 63jähriger Mann nach Ostasien gegangen.

Eben weil er ein Kriegskenner war, deshalb war er ein leidenschaftlicher Friedensfreund. Ein unerschrockener Wahrheitsfann sprach aus allen seinen Werken. Eines seiner bekanntesten Bilder aus dem russisch-türkischen Kriege führt den ernst und ironisch gemeinten Titel: Hoch der Zar! Eine Kolonne Soldaten in Reih und Glied wirft begeistert ihre Kappen in die Höhe. Einige Soldaten liegen freilich stumm zu Füßen der Hochrufer, es sind die erkrankten Kameraden. Die Loien stimmen in die Hochrufe für den Zaren natürlich nicht ein...

Erstatternd war sein Kriegsbild: Einsegnung. Ein Pope schreiet an einem grauen Wintertag über ein Leichenfeld, segnend allen unbekannt, hingepferten, im Schnee verlassenden Soldaten. Die Raben wittern schon Futter, ehe der Geistliche noch das letzte Segenswort vollendet hat...

Sein stärkstes Programmbild ist die Apoteose des Krieges. Eine Pyramide von Totenschädeln auf kahler, verborrer Wiese. „Das macht der Krieg aus der Erde!“ scheint dieses anklagende Kunstwerk dem Beschauer entgegenzurufen.

Den Höhepunkt seiner künstlerischen Leistungen hat Werestschagin in seinen Napoleon-Bildern erreicht, die vor fünf Jahren in Wien ausgestellt waren. Der Zug Napoleons durch die russischen Wintersteppen war in diesem Hflus mit naturalistischer Stimmungskraft geschildert worden, wobei übrigens eine gewisse Geringschätzung Napoleons, der sich an den russischen Kolof vergebens herangevagt, zum Ausdruck kam.

Werestschagins Bilder riefen in der ganzen Welt Aufsehen hervor.

Sehr stolz war der von seiner Mission durchdrungene Maler auf seine Vertikale Luststellungs-Erlebnisse. In Berlin war es nämlich den Soldaten untersagt worden, seine Ausstellung zu besichtigen. „Das ist die größte Enttennung meiner Kunst!“ erwiderte er, als er davon erfuhr.

Werestschagin war übrigens nicht nur im Ausland, er war auch in seiner Heimat ein unerschrockener Kämpfer. Sein Bild Russische Mihilisten an Galgen habelete eine erschütternde Anklage wider den Despotismus.

Auch seine unberlogene, grundnaturwahre Auffassung religiöser Probleme hat ihm viel Feind, viel Feind ertragen. Ein Gemälde, Auferstehung Christi, wurde in Wien auf ein Paar von einem religiösen Fanatiker zertrümmert. Er packte den Vorwurf ganz realistisch an und stellte die Auferstehung ganz nüchtern als den Moment dar, wo ein Mann aus einer Grube förmlich heraufstiege und die Steine, die die Öffnung verlegten, wegwälzen will. Fanatisierte Juden suchten die schweren Steine zu halten. Ein andres religiöses Bild des Künstlers, das eine „heilige Familie“ in Schlichtheit, Rot, ohne alle „beredelten Büge“ darstellte, wurde vom Wiener Erzbischof Gangwauer scharf beurteilt. Man drohte sogar jedem Besichtigter des Bildes mit der Exkommunikation...

Werestschagin hatte in Deutschland und Frankreich sudiert, namentlich der französische Realismus ist von entscheidender Bedeutung für seine Kunst gewesen. Er hat auch ein paar kleinere schriftstellerische Arbeiten verfaßt, die, wie seine Bilder, wie sein Leben und Denken von der edelsten menschlichen Gestaltung Zeugnis geben: eine Reihe von Reisebüchern und Kriegsberichten, sowie einen in manchen Beziehungen interessanten Romanen: Der Kriegskorrespondent.

Werestschagin ist, wie schon erwähnt, 63 Jahre alt geworden. Er wurde 1842 zu Tscherepowez geboren und lebte, wenn er nicht auf Reisen war, in Moskau. Der Künstler, ein einfacher, einfacher Mensch, lehnte alle Titel und Auszeichnungen ab. —

und sel. auch, wenn der Staat sich bei dem ...
 Auf Antrag Haußke tritt man mit knapper Majorität ...
 Städt. Haupt erklärt, er und seine Freunde hätten aus ...
 Als Vertreter bei dem vom 18. bis 15. Mai in Weimburg statt ...
 Der Antrag Haupt, einen seiner Freunde mit zu delegieren, ...
 Noch um 8 Uhr wird in die Beratung folgenden Antrags ein ...
 Bewilligung von 6000 Mark aus Titel Insgesamt des ...
 Städt. Waensch erläutert im einzelnen, wie das Geld ...
 Städt. Frisch macht darauf aufmerksam, daß demnächst ...
 Städt. Haupt erklärt, daß die Schnorrerei denn doch nicht ...
 Zum Schluß der Sitzung verliest Oberbürgermeister Schnei ...
 Städt. Stern freut sich darüber und spricht die Hoffnung ...
 Städt. Haupt erwidert, daß davon natürlich gar keine ...

Gerichts-Beitrag.
 Gewerbegericht Magdeburg.
 Sitzung vom 21. April 1904.
 Vorsitzender: Stadtrat Kaiser. Beisitzer: Fabrikant Bacharias ...
 Eine neue Zahlungsmethode hat der Installateur ...
 Entlassung ohne Kündigung. Wiederholt beschäftigte ...
 Aufhebung des Lehrverhältnisses. Der Kaufmann ...
 Bahnforderung. Der Arbeiter Kette klagt gegen die ...
 Einbehaltenes Spargeld. Der Schriftföhrer ...

ihm das Spargeld seit August v. J. pro Woche 30 Pfg. vorenthalten ...
 Berechtigte Entlassung. Der Arbeiter Heiland be ...
 Marktberichte.
 Magdeburg, 21. April. (Amtliche Notierungen.) Die ...
 Wasserstände.
 Tabele mit Wasserständen für verschiedene Stationen am 19. und 20. April.

Haben Sie schon die Riesen bewundert?

In dieser und nächster Woche Ausstellung von modernen Frühjahrsstoffen in Voile, Etamine, Satinstoffen, Mousseline und Waschseiden, nur hervorragende Neuheiten, erstaunlich billig.

Carl Gottschalk, Neue Neustadt

Sämtliche 7 Schaufenster sind mit Frühjahrsneuheiten dekoriert.

Leser der „Volksstimme“! Kauft in den Geschäften, die in der „Volksstimme“ inserieren!

Trotz grosser Preissteigerung des Rohmaterials verkaufen wir unsre

Schuhwaren

die anerkannt haltbar sind und gute Passform haben, zu staunend billigen Preisen.

Wir offerieren:

- 1 Paar Herren-Schnürstiefel „Spezial“ . . . Paar 7.75
- 1 Paar Herren-Schnürstiefel farbig . . . Paar 7.50
- 1 Paar Damen-Schnürstiefel „Spezial“ . . . Paar 6.75
- 1 Paar Damen-Schnürstiefel farbig und schwarz . . . Paar 4.90
- 1 Paar Damen-Lederspannenschuhe . . . Paar 2.35
- 1 Paar Kinder-Schnür- und Knopfstiefel . . . Paar 3.75

Täglich Eingang von Neuheiten.

Spezialität: Arbeiterstiefel.

Berliner Schuhfabrik

G. m. b. H.
 Nr. 48 Breitenweg Nr. 48.

Standesamt.

Magdeburg, 21. April.
 Aufgebote: Eisendreher Wilhelm Walter Schend mit Elisabeth Gröning in Frankenthal. Konditor Heinrich Wehre mit Elisabeth Soeder. Bäckermeister und Konditor Karl Boger in Gr.-Salze mit Anna Emma Kienischer in Wüden. Rutscher Michael Gröb hier mit Johanne Marie Ida Diez in Burg. Schnittpolierer Leonh. Waldtrab hier mit Helene Graul in Neurudorf. Geschäftsführer Otto Lausch mit Klara Magnus. Tapetier u. Dekorateur Alb. Schmelzer mit Elise Kupprecht. Ehefrau des Privatmanns Karl Rebau, 49 J. 11 M. 22 J. Altr. S. des Jug. Richard Jwimer, 4 J. 9 M. 9 J. Emma geb. Bernede. Ehefrau des Lohnbeneders Wilhelm Schulte, 47 J. 17 J. Gustav Goldschmidt. Schuhmachermeister, 69 J. 7 M. 21 J. Witwe Dorthee Wolf geb. Ehrbar, 76 J. 2 M. 25 J.

Sudenburg, 21. April.
 Eheschließungen: Arbeiter Gustav Dreß mit Elisabeth Müller. Arbeiter Gustav Schumann mit Veria Thiele. Schmied Wilhelm Raddach mit Martha Müller.
 Geburten: Elia, T. des Eisenbahn-Schaffners Bernhard Repolst. Natur, S. des Schlossers Albert Rohmann. Hermann, S. des Arb. Hermann Schabenberg. Kurt, S. des Straßend-Schaffn. Felix Friede. Gertrud, T. des Formers Louis Carlhon.
 Todesfall: Peter Ruhn Keller, 44 J. 1 M. 3 J.
 Sudau, 21. April.
 Aufgebote: Kaufmann Otto Schwarzburg in Leipzig mit Pauline Kressmann hier.
 Eheschließung: Schmied Franz Dambrowsch mit Bwe. Auguste Müller geb. Knopf.

Neustadt, 20. April.
 Eheschließungen: Maschinist Paul Jodusch mit Selma Fangerow. Feuerwehrmann Arthur Geißler mit Helene Ulrich.
 Geburten: Gertrud, T. des Steingutdrehers Hermann Hanke. Otto, S. des Tabakpinnerers Max Schrader. Elise, T. des Arbeiters Heinrich Busch. Hans, S. des Kaufm. Rudolf Gulde. Irmgard, T. des tgl. Eben.-Bureau-Dikt. I. Al. Hugo Voigt. Julius und Reinhold, Zwillingssgl. des Arbeiters Julius Crenius.
 Vom 21. April.
 Aufgebote: Kaufmann Alfred Waldemar Anderson mit Klara Hedwig Hof. Arbeiter Herm. Karl Meier mit Anna Emma Berta Baum. Bahnarbeiter Gustav Otto Karl Schulze mit Marie Pauline Luise Friedrich.
 Geburten: Gustav, S. des Arb. Gustav Gottschling. Frida, T. des Eisendrehers Heinrich Rühle. Willi Richard, unehel. Elise Gertrud Marie, unehel. Margarete, T. des Arbeiters Franz Finze. Franz, S. des Arbeiters Karl Gröwpler.
 Todesfälle: Bwe. Fritze Marie geb. Nisch, 71 J. 10 M. 25 J. Emmi, T. des Arb. Friedrich Lehmann, 7 J. 9 M. 26 J.

Halberstadt.
 Aufgebote: Klempner Gustav Streithoff mit Dorothee Hegenfuß. Handlungsgehilfe Josef Heynemann. Sohn hier mit Jeanette Wreschner in Berlin. Stelmacher Paul Hiemart mit Ida Ulbricht. Futter-

Geburten: Emmi u. Friedrich, Zwillingssgl. des Steuermanns Wilhelm Renne in Altenplathow. Kurt, S. des Arb. Max Scharwinta. Editha, T. des Wäckermeisters. Christ. Kle.
 Todesfall: Kurt, S. des Arb. Max Scharwinta, 9 St.
 Eheschließungen: Arbeiter Heinrich Dölle mit Marie Uthe. Hausdiener Karl Seiding mit Minna Hamel. Kaufmann Eduard Hausbrandt mit Ella Wedde. Tischler Robert Wittenberg mit Emma Schrader. Zigarrenmacher Andreas Hasselbach mit Berta Dageroth. Kaufmann Erich Ostravidi mit Ida Köbel.
 Geburten: S. des Arbeiters August Döhfert. T. des Werkführers Richard Grosch. S. des Arbeiters Wilhelm Roje. T. unehelich.
 Todesfälle: Gertrude Müller, 87 J. 3 M. 4 J. Hospitalit Heinrich Wegner, 86 J. 2 M. 16 J. Privatmann Robert Berger, 74 J. 10 M. 24 J. Witwe Schulze Luise geb. Lübbecke, 82 J. 11 M. 20 J. Ehefrau des invaliden Tischlers Friedrich Albrecht, Elisabeth geb. Götter, 77 J. 10 J. Luise, T. des Arbeiters Friedrich Strampel, 7 M. 15 J.

Schönebeck.
 Aufgebote: Tischler Robert Strauß hier mit Auguste Michaelis in Grünwalde. Schiffbauer Karl Donald mit Anna Menzer. Sergeant Franz Mebel in Spandau mit Anna Rahje hier. Schlosser Karl Schramm mit Emilie Medel.
 Geburten: Paul, S. des Schiff. Otto Mische. Anna, T. des Schuhmachermeisters Otto Hübn. Franz, S. des Schmieds Karl Garz (Bar. Gr. Salze). Luise, T. des Eisen-drehers Friedrich Grunert. Herta, T. des Landbriefträgers Albert Jäger. Karl, S. des Fabrikarbeiters Gustav Schulze (Bar. Fröhle).
 Todesfall: Friedrich, S. des Arbeiters Andreas Kriebel, 11 J.

Warenhaus Franz Lubig Nachf.

Inh.: Martin Richter

Aschersleben, Tie 22

Aschersleben, Tie 22

Freitag Sonnabend Sonntag Montag

4 billige Extra-Verkaufstage

Zum Verkauf kommen nur bekannt gute Qualitäten zu nachstehend enorm billigen Preisen. Ueberzeugen Sie sich von der Billigkeit. — Urteilen Sie selbst über die Preiswürdigkeit.

8108

Kleiderstoffe

Kleiderstoffe

Hauskleid 6 Meter doppeltbreit 228 Mt.	Loden 6 Meter 370 Mt.	Cheviot reine Wolle 100 cm breit, Mtr. 95 Mt.	Engl. Doppé doppeltbreit mit Wohls, Meter 85 Mt.	Kostümfstoff neueste Muster, doppeltbreit, Meter 115 Mt.	Kreppe mit Wohls, schwarz, doppeltbreit, Meter 115 Mt.
---	---------------------------------	--	---	---	---

Oberrocke in schönsten, waschechten Dessins . . . 2.90 3.25 Mt.

Boile letzte Neuheit 120 cm breit, Meter 145 Mt.	Blusenstoffe Leinen, miliert, Meter 18 Mt.	Blusenstoffe effektvolle Farben, doppeltbreit, Mtr. 95 Mt.	Alpaka gemustert, doppeltbr. Mtr. 85 Mt.	Blusenstoff karriert, doppeltbreit, Meter 120 Mt.	Engländerne Neuheiten in Leinen- Blusenstoffen.
---	---	---	---	--	---

Garnierte Damen- und Kinder-Hüte, Fassons, Blumen, Bänder, Spitzen, Federn in großer Auswahl zu fabelhaft billigen Preisen

Während dieser 4 Tage erhält jeder Käufer ein Geschenk; beim Einkauf von

1 Mark 1 Brosche gratis	3 Mark 1 Bilderrahmen gratis	5 Mark 1 Portemonnaie gratis	6 Mark 1 Lebergürtel gratis	10 Mark 1 eleg. Küchenlampe gratis
----------------------------	---------------------------------	---------------------------------	--------------------------------	---------------------------------------

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Fernersleben, Calbe, Westerbäsen usw. zur gefl. Nachricht, daß ich heute Sonnabend den 28. April ev. ein Zweiggeschäft meiner seit 10 Jahren in Bukau bestehenden

Progen-, Farben-, Chemikalien- und Kolonialwaren-Handlung in Fernersleben, Schönebeckerstrasse 37

eröffne. Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, den mich besuchenden Kunden nur beste Waren zu äußerst billigen Preisen zum Verkauf zu stellen und gebe ich bei Barzahlung auf fast sämtliche Artikel noch 5 Prozent Rabatt in Marken.

Indem ich nun diese, mein neues Unternehmen gütlich unterstützen zu wollen, sage ich allen meinen bisherigen Kunden für das mir seit 10 Jahren entgegengebrachte Wohlwollen besten Dank und bitte höflichst, mir dasselbe auch ferner bewahren zu wollen. 1244

Mit aller Hochachtung

C. F. Semm, Adler-Drogerie
Schönebeckerstrasse 37.

Haupt-Geschäft: Buckau, Schönebeckerstr. 109.

Halberstadt, Calbe a. S. Billigste

Ernst Schatz, Bäckerei
empfehlen jeden Sonnabend schöne frische Ware zum Kochen u. Schmoren sowie alle Sorten Wurst und warme Würstchen. 2899

Bahnerei jeder Art b. Billigster Preisstellung. Bahnwagen vollständig schmiedest. Rud. Barfels Schönebeckerstrasse 29/30 2349 Ede Gärtnerstraße.

Fleisch- u. Wurst-Offerte.
Rothwurst | Pfund 60 und
Leberwurst | 65 Pf.
Sülze
sowie Rind-, Schweine- und
Kalbfleisch bei 1242

A. Donnerstag
Buckau, Bernburgerstraße 11.

Calbe a. S. Billigste

Wilhelm Rueff
Herren- und Knaben-Garderobe.
Arbeiter-Kleidung aller Art.
Enorm billige Preise.

Burger Schuhfabrik mit Dampftrieb
August Schmidtchen
Aschersleben, Taubenstr. 6
empfehlen ihr reichhaltiges Lager in Schuwaren bei billigster Preisstellung. 2383

Meine Rothschlächterei
befindet sich Sudenburg, Michaelstraße 30. K. Schütze. 2900

Blaue Letterwagen
große Auswahl, billig bei W. Land, W.-Neustadt, Südböckerstr. 25a. Sozialdemokratisches Lieber-
such. Preis 40 Pf. Zu haben in der Buchhandlung

Jur billigen

7 Auktions- 7
und andre Waren zu jedem annehmbaren Preise nur
Schwertfegerstr. 7.
Heute spottbillig 3088

Schuhwaren aller Art
Damenstiefel zu 1.25 Mt.
Schränke, Tische, Stühle,
Küchenschrank, 7 Bettstellen
mit Matratzen von 18 Mark
an, Spiegel, Pfeilerschrank, ff.
Garnit., Garderobenständer,
9 elektrische Bogenlampen,
Gummischläuche f. Brauereten,
Spunde, 1 Senfboden, 2
Pumpen, Telegraphen-Station,
Mäher-Apparate, Standwagen,
Röhren, Hot- und Weißwein,
ein ganzer Posten Emaille- und
Küchensachen zu jedem Preise
zu veranschaffen, elektrische Lei-
tungen und viele dergartige
Sachen nur
7 Schwertfegerstr. 7.

Für Wirte!

In einem größeren Industrieort des Harzes (zirka 4000 Einwohner, 4 Fabriken) steht Restaurant mit Saal u. gr. Klubzimmer (auch gr. Gemüsegarten) zum Preise von 28500 Mt. zum Verkauf. Zur Uebernahme sind nur 1500 bis 1800 Mt. erforderlich! Bedingung ist, daß die Lokalitäten der Arbeiterschaft zu Versammlungen freigegeben werden. Off. unt. N. 993 an Zentr.-Annonc.-Expedition (Raede) in Braunschweig

Frucht-Marmelade
von vorzüglichem Wohlgeschmack
Pfund 30 Pf. 3100

Zucker (Raffinade) Pfund 20 Pf.
5% Rabatt 5%

Butterhandlung
Edelweiss
Inh.: J. Lehmann
40 Sudenburg
Galberstädterstr. 40

Best. ig. Rübch., w. b. ff. Damen-
schneiderin grdl. erl. in. I. z. 1. Mai n.
eintr. E. Mathias, Johannisbög. 15a.

Herren- und Knaben-

Anzüge in den neuesten Fassons und Mustern führe prinzipiell nur in unbedingt haltbaren Qualitäten, und sind solche durch vorzüglichen Sitz und spottbillige Preise seit länger als 10 Jahren weit und breit bekannt.

Max Zehden, Jakobstr. 50
Spezialität: 2897
Komplette Herren- und Knaben-Ausstattungen

Port Arthur!
Auf Port Arthur lenken sich die Blicke. Alles redet von dem Kriegsgesche. Das die Russen jetzt im Krieg erleiden. Mit den allzu rührgen „gelben Gefährten“ Russlands Schiffe, die zum Kugelhregen dienen, Fall'n zum Opfer Japans blauen Flotten. Wenn's dem Kriegsgott weiter so beliebt, Dann es bald kein russisches Schiff mehr gibt. Auch Max Zehden hat es mit den „Russen“, Er pflegt ihnen oft sich zu bedienen, Und sie zünden auch in jedem Falle, Sie gefährden nicht, sind harmlos alle! Seine „Russen“ sind die billigen Preise, Die es möglich machen jedem Preise, Sich zu kleiden nach der neuen Mode. Zehden's Russen führen nicht zum Tode.

Billigste Fleischofferte
Durch Erspareung der teuren Ladenmiete
Fasslochsberg 2 kein Laden.
Verkaufsräume auf dem Hofe reig. — Geschäftseröffnung 1885.
Rindfleisch (Kochfleisch) Pfd. 50.-60 Pf., Schmalz Pfd. 65 Pf.,
Kouladen Pfd. 75 Pf., Schweinefleisch, von dem Rücken, Pfd. 60 Pf.,
Kotelett Pfd. 70 Pf., gehacktes Rindfleisch Pfd. 70 Pf.,
Kochfleisch Pfd. 60 Pf., garantiert reines Schmalz Pfd. 70 Pf.,
Kalbfleisch Pfd. 60 Pf. (Schweinefleisch und Kalbfleisch-Verkauf ohne
Bewiegen von Kopf- oder Beinenden), prima harte Schmalz
und Bratwurst Pfd. 100 Pf.

Sattler
auf Militärarbeit suche zu dauernder Beschäftigung.
Franz Cobau, Berlin.
Dresdnerstraße 32.

Barleben.
Als Wäscherin u. Plätterin
empfiehlt sich Frau Marie
Gornemann, Schäferhof.

Was muss man von der Kulturgeschichte wissen?
Altertum, Mittelalter, Neuere Zeit.
Von Dr. Erich Meißner. Mt. 2.
Buchhandlung Volksstimme.

Wäscherin für Pantoffelabri-
kanten gesucht. Schmid,
Neustadt, Leopoldstr. 6. 1239

Eine kräftige Amme oder Frau
zum Mitführen gesucht. Belfort-
straße J, 1 Treppe rechts. 1233

Der Verkauf findet auch am Sonntage statt.

